



Für faire Ausbildungs- und Übernahmekancen demonstrierten ver.di-JugendvertreterInnen am 19. Januar in Berlin

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

AUS DEM INHALT

SEITE 5

Schnelle Nummer geplant:
Frankotyp-Postalia will
Personal loswerden

SEITE 6

Debatte zur Tarifeinheit wird
fortgesetzt

IM MITTELPUNKT

Tarifrunde bei Verlagen und
Druck: Nachholbedarf

SEITE 13

FDP will Potsdamer
Musikschulen umfinanzieren

SEITE 14

»Begleitung« unerwünscht:
Wie weiter nach den
Herbstaktionen?

ARBEIT – SICHER UND FAIR

Gewerkschaftlicher Aktionstag am 24. Februar

Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise schafft kaum sichere Arbeitsplätze, sondern befristete Beschäftigung, prekäre und Leiharbeit nehmen zu. Lohndumping ist die Folge. Fast eine Million Menschen sind hierzulande mittlerweile in Leiharbeit beschäftigt, ab 1. Mai 2011 wird das sogar grenzüberschreitend möglich. Die DGB-Gewerkschaften – ver.di kooperiert mit der IG Metall – rufen für den 24. Februar zu einem bundesweiten Aktionstag für sichere und faire Arbeit in Betrieben und Verwaltungen auf. Zu den Forderungen gehören »Equal Pay« und ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro.

WIR DREHEN DEN SPIESS UM

Neue Proteste gegen Scheinpraktika und schlechte Ausbildung

Wo es keine statistischen Daten gibt, existiert kein Problem. Nach diesem Motto verhält sich die Bundesregierung seit langem, wenn es um die Zukunft von Berufseinsteigern und die Übernahme Auszubildender geht. Tatsächlich gibt es keine belastbare Statistik zur »Generation Praktikum«. Doch die zugespitzte Situation ruft neben den Betroffenen auch die Gewerkschaften auf den Plan.

»Viele Berufsbiographien von jungen Menschen werden immer prekärer«, erklärte der Jugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbunds René Rudolf zum Jahresauftakt. »Aber – und das ist gut: Die Protestbereitschaft nimmt zu.« Zu den Hürden, die den jungen Menschen in den Berufsweg gelegt werden, zählte Rudolf besonders die so genannten Scheinpraktika – eine gerade auch in der Medienbranche sehr beliebte Form der Ausbeutung. Wie die DGB-Jugend kämpft auch die Prak-

tika-Offensive von dju in ver.di, Jugendpresse Deutschland und Deutschem Journalisten-Verband seit Jahren gegen diesen wachsenden Trend in Medien- und anderen Unternehmen, Studierende, aber auch voll ausgebildete junge Akademiker als Gratisquelle engagierter Arbeit zu nutzen.

DAS PRAKTIKUM DARF NICHT MISSBRAUCHT WERDEN

Jetzt versprach Rudolf einen neuen politischen Anlauf gegen Scheinpraktika: »Das Praktikum muss gesetzlich als Lernverhältnis definiert werden und darf nicht dazu missbraucht werden, reguläre Stellen mit fairer Bezahlung zu verdrängen.« Notwendig seien eine zeitliche Begrenzung auf drei Monate, eine Mindestentlohnung von 300 Euro pro Monat und eine fachliche Betreuung.

Für den Frühsommer kündigte der Jugendsekretär eine neue DGB-Studie zur Generation Praktikum an, mit deren Hilfe der politische Druck erhöht werden soll. Bereits im Februar startete eine neue Plattform zum Thema »Wie wollen wir leben?«. Im September 2011 will die DGB-Jugend einen Ausbildungsreport vorlegen, der die Ausbildungsfähigkeit der Unternehmen untersuchen soll. »Wir drehen den Spieß um«, verkündete Rudolf selbstbewusst, »wir bringen eine Generation in Bewegung.«

DGB-Vorsitzender Michael Sommer nannte als zentrale Themen des Jahres einen Mindestlohn von 8,50 Euro, die Eindämmung der Leiharbeit und das Ende der Scheinselbstständigkeit. Die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften habe sich bei 6,2 Millionen stabilisiert. Künftig solle noch stärker unter Auszubildenden und an den Hochschulen um Mitglieder geworben werden.

SUSANNE STRACKE-NEUMANN

Nach der Reform ist vor der Reform«, so ein »Mutmacher« aus dem ver.di-Haus. Den fanden Berliner Mitglieder kürzlich in ihren mail-Briefkästen mit der Aufforderung »Bitte werbt weiter für ›Köpfe gegen Kopfpauschale‹« Es geht um die Fortführung der Unterschriftensammlung, mehr noch um breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die weitere Zerstörung des Systems solidarischer Krankenversicherung. »Nach der Reform ist vor der Reform«, das wird leicht zu einer leeren Redensart für flinke Zungen. Aber der Satz soll ja doch Mut machen. Da anscheinend nicht mehr abzuwenden war, wogegen man sich – offenbar nicht entschieden genug – aufgelehnt hat. Weil die Mobilisierung noch nicht ausgereicht hat und sich nun Resignation auszubreiten droht, nach enttäuschenden Anläufen zur Behauptung der Gewerkschaften gegen die sozial zerstörerische Regierungspolitik.

Der Mutmacher sollte freilich nicht als eine Art »Hinweis auf die Wiedervorlagemappe« aufgefasst werden, der die Problemlösung auf übermorgen vertagt. Die endgültige Entscheidung über die Kopfpauschale auf das Wahljahr 2013 vertagen? Sollen wir – weil die regierende Koalition mit der Bundesratsabstimmung vom 17. Dezember ihr unso-

AUF EIN WORT

MEHR MUT UND KRITISCHE DISTANZ



Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

**KURT PITTELKAU,
MITGLIED IM VER.DI-ARBEITSKREIS ALTERSSICHERUNG**

ziales Gesetz durchgebracht hat – nun also zulassen, dass die Neoliberalen weitere Tatsachen schaffen auf ihrem Weg der Privatisierung des Sozialen? So viel Mutlosigkeit wäre schändlich!

GEGEN SPARPAKET, RENTE MIT 67, KOPFPAUSCHALE

Es gab im alten Jahr die DGB-Pressemittteilung »Rösler als Gesundheitsminister untragbar!« Sie entlarvte »die unsoziale Gedankenwelt des

Gesundheitsministers« und prangerte den Bruch mit dem System der solidarischen Finanzierung der GKV an. Daran wäre anzuknüpfen: Mit einem Appell, die Amtsenthebung des untragbaren Ministers zu betreiben. Demos bringen nichts? Das höre ich jetzt immer öfter. Gespräche mit »oben« aber auch nicht! Die Versuche der DGB-Spitze stehen als Beleg dafür. – Wie also weiter?

2007 hatte Ulla Schmidt als Gesundheitsministerin der großen Koalition von CDU und SPD mit einem »Verfassungsverstoß« zu rechnen, bereitete sich gemeinsam mit ihrer Ka-

binettkollegin, der Justizministerin Brigitte Zypries, darauf vor. Warum werden gegen den FDP-Minister nicht »alle Register« gezogen? Mehr Mut!

Erwin Pelzig, der Kabarettist, sinnierte in der Dezember-Ausgabe von »Neues aus der Anstalt« im ZDF über »Rest-Hoffung«, ohne die die soziale Gemeinschaft nicht würde überleben können. »Antireformen der Regierung Merkel sofort stoppen!« Das ist der Auftrag der Arbeitnehmermehrheit an die Gewerkschaftsführung zur organisierten Mobilisierung und zu Aktionen, konzentriert auf die klaren Forderungen: Weg mit Sparpaket – Rente mit 67 – Kopfpauschale – Gesundheitsreform. »Die Gewerkschaften würden an Stärke gewinnen, wenn sie mehr Distanz zu den Herrschenden einhielten«, schrieb schon 2004 Prof. Dr. Grotti-an, Politologe an der Freien Universität, mit Blick auf die Wirkung damaliger Anläufe zu Massenprotesten in einem »heißen Herbst« gegen die Agenda 2010. »Diese Distanz würde auch ihre Bündnisfähigkeit zu außerparlamentarischen Gruppen verbessern.«

»... zur Zeit werden Weichen gestellt«, gibt Frank Bsirske, der ver.di-Vorsitzende, uns Mitgliedern gerade in einem Rundbrief kund und zu wissen. – Na dann!

BUCHTIPP

**IRMTRAUD GUTSCHKE:
EVA STRITTMATTER.
LEIB UND LEBEN
AUFBAU TB 2010**

Zwei Frauen sprechen miteinander, vertrauensvoll, die Journalistin, Literaturredakteurin Irmtraud Gutschke, befragt die Dichterin. Das Gespräch wird über Wochen und Monate geführt, es ist kein Interview im Zeitungssinne, die zwei sind seit langem freundschaftlich verbunden. Ein ganzes Leben kommt zur Sprache. Und so, wie es in ihren Gedichten der Fall ist, spricht Eva Strittmatter auch hier mit großer Offenheit über bewegende Gefühle, ihre gegenseitige Liebe und ihre Schmerzen an dem eigensinnigen Lebenspartner

Erwin Strittmatter. So, als erzählte sie es nur der Fragerin. Es kommen die Licht- und Schattenseiten der DDR-Kulturpolitik zur Sprache. Es wird der Freunde gedacht, die gastliche Aufnahme in Schulzenhof fanden.

Zu dem Namen Strittmatter gehört Schulzenhof, ihr Refugium seit 1954. Ursprünglich ein alter Büdnerhof, nichts Imposantes, aber mitten im Forst gelegen, in dieser schönen und wilden Landschaft mit »Kieferngrund« und »Astversteck«. Wo sich Erwin sofort ein Pferd anschaffte und Heu machte; immer hat er sich mit Pferdezucht beschäftigt. Stets ein übervolles Maß Arbeit für Eva, anfangs ein mehr als beschwerliches Leben. Jeder Eimer Wasser musste vom Brunnen geholt werden. Es gab vier Söhne, denen sie Mutter war, für ihr Essen sorgte, ihnen »zeigte, wie man einen Knoten macht, die gegen den Husten scheußliche Mittel kannte, hundert Märchen wusste«, wie Hermann Kant in seiner Grabrede erinnerte. Ein Gedichtvers von ihr: »Von andern sagt man, sie sind sensibel./Von mir wird das nie-

mand sagen./ Das liegt wohl an der Selbstdisziplin./ die mir verbietet zu klagen.«

Neben ihrem eigenen dichterischen Werk hat sie einen wesentlichen Anteil an dem bedeutenden ihres Mannes, dessen erste Leserin, Lektorin und durchaus keineswegs milde Kritikerin sie gewesen ist. Erwin Strittmatter »war absolut überzeugt, dass unsere Bindung gottgewollt ist und nie zerbrochen werden kann«, sagt Eva, aber auch, dass sie sich doch eingeeengt fühlte durch die Lebensumstände. Ihr Leben war die komplizierte Einheit zweier absolut aufeinander bezogener, aber in ihrem Werk durchaus selbstständiger schöpferischerer Persönlichkeiten.

Dennoch: Schulzenhof war kein Elfenbeinturm, nie einsam, offen für Freunde und Schriftstellerkollegen, wie Gerhard und Constanze Holzbaumert, den Maler Karl-Hermann Röhrich, 1992 Lew Kopolew... Die DDR-Kulturpolitik stand selbstverständlich zur Diskussion, da die Beteiligten selbst davon tangiert waren. Über Jahrzehnte dauerte die enge

Freundschaft mit Hermann Kant, der sagt, dass Eva wie kaum eine andere wusste, wie man zu Freunden im Unglück hält; manches habe er nur mit ihr bereden können. Beide Strittmatters waren politisch Interessierte. Das Buch umgeht kritische Anwürfe der jüngsten Zeit nicht.

Selbstverständlich ist über längere Passagen die Rede vom Dichten. Eva Strittmatter hat immer den Reim bevorzugt, auch wenn das manchem als altmodisch galt. Ob man ein Anhänger ihrer Verse ist oder nicht – Sätze wie »Ich mach ein Lied aus Stille« müssen jeden anrühren. Sie hat an ihren Texten stets intensiv gefeilt. Selbst dann, wenn etwas Gedrucktes vorlag, hätte sie gern noch verändert, sah sie die eigene Arbeit kritisch. Aus den vielen, bisher nicht gedruckten Gedichten ist vor kurzem ein Band zusammengestellt worden und bei Aufbau erschienen: »Wildbirnenbaum«. ANNEMARIE GÖRNE

Irmtraud Gutschke: Eva Strittmatter. Leib und Leben. Gebundene Ausgabe: Verlag Das Neue Berlin/ND, 2008, 224 S., 16,90 Euro, ISBN: 978-3-360019462. Bei Aufbau Taschenbuch Berlin 2010, 9,95 Euro, ISBN: 3-7466-7077-2

»FEUER WERKE« IN DER MEDIENGALERIE



Foto: Marko Priske

Bis Mitte Dezember 2010 stellten Mitglieder der Fachgruppe Bildende Kunst eigene Arbeiten aus. Die bereits dritte sogenannte »Elemente«-Schau ließ sich nach den Themen Wasser und Erde nunmehr von Flammen inspirieren und zeigte »FEUER WERKE«. Unterschiedliche Arbeiten von zwölf Künstlerinnen und Künstlern waren für die Schau ausgewählt worden. Unser Foto entstand bei der Vernissage am 5. November 2010.

GALERIE-NEWS

MedienGalerie bereitet 100. Ausstellung vor

Mit einer Fotoschau, für die die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di Berlin-Brandenburg verantwortlich zeichnet, wird gegenwärtig die 100. Ausstellung in der Geschichte der MedienGalerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße vorbereitet. Sie steht unter dem Motto: »Moderne Zeiten – Momentaufnahmen aus der Arbeitswelt« und wird nicht nur technische Veränderungen an Arbeitsplätzen in ver.di-Branchen in den letzten Jahren dokumentieren. Die dju hatte Mitglieder, die hauptberuflich als Fotografen tätig sind, zur Teilnahme aufgerufen (siehe letzte Ausgabe, S. 4). Schnellentschlossene könnten noch mitmachen und zusätzlich Arbeiten einreichen.

Mit der 100. Ausstellung setzen sich vor allem die unermüdlichen ehrenamtlichen Mitglieder des Galerierates und viele Helfer ein Denkmal, die die MedienGalerie seit ihrer Eröffnung im Frühjahr 1995 mit Leben erfüllten, bundesweit geeignete Aussteller einluden oder eigene Expositionen anregten und das Rahmenprogramm mitgestalteten. RED

Die Fotoausstellung »Moderne Zeiten« wird am 4. März eröffnet und läuft bis 21. April.

Balanceakt mit Liebe zur Kunst

WIR-Artistinnen hieß nicht nur die Ausstellung, so fühlen sich auch die Frauen, deren ganz unterschiedliche Werke im Januar/Februar gezeigt wurden. Sie haben sich zusammen geschlossen im Frauenkunstforum owl (Ostwestfalen-Lippe), zu dem die MedienGalerie schon länger freundschaftlichen Kontakt pflegt. In den Bildern ist mit verschiedenen Techniken ein gedanklicher Grundton aufgegriffen: der Balanceakt zwischen Partnerschaft, Beruf, Kindern, Haushalt, Kreativität und künstlerischer Selbstverwirklichung. Als ein immer wiederkehrendes Motiv erschien das Seil – darauf balancierend, bepackt mit Kind und Alltagsgepäck, dabei jeden Schritt voller weiblicher Grazie zirkelnd. Wie die ausstellenden Frauen selbst bekannten: Aus Liebe und Leidenschaft zur Kunst alles zu riskieren – das wollen sie mit ihren Bildern zeigen. A.G.

Startschuss für ein lebendiges Archiv

labournet.tv bietet Filme, die die Perspektive von Arbeitenden einnehmen

Eine aktuelle Filmvorführung gab den offiziellen Startschuss: Am 30. Januar eröffnete das Internet-Portal LabourNet offiziell seine TV-Plattform. Wo künftig 250 Filme und Videobeiträge zum Thema Arbeitskämpfe, Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Alternativen im Archiv zu finden sein werden, wurde zunächst ein ganz aktueller Streifen gezeigt: »107 Sekunden – Arbeiter des Südens«, Italien 2010, in der Regie von Bruno Federico. Im Anschluss gab es eine Debatte mit zwei der drei entlassenen FIAT-Arbeiter, um die es in dem Film geht, und mit dem Regisseur. Auch künftig soll labournet.tv mitten im Leben stehen. Es versteht sich als lebendiges audiovisuelles Archiv der ArbeiterInnenbewegung, wird fortlaufend redaktionell betreut und kontinuierlich erweitert.

Mit den Mitteln des Internets soll, so die Macher, der Erfahrungsaustausch, Lernen aus den Kämpfen der Vergangenheit und Solidarität gefördert werden. Dafür wird aktuelles und historisches Filmmaterial aus allen Kontinenten zusammengetragen, das den Nutzern des Online-Archives kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Dort ist es nach Län-

dern, Branchen und Kampffeldern geordnet. Im Zentrum steht die Situation der Arbeitenden, ihre (Selbst-)Organisierung, Arbeitskämpfe und Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Alternativmodelle. Zu aktuellen Anlässen will labournet.tv künftig auch eigene Beiträge produzieren, um Auseinandersetzungen und die Perspektive der Lohnabhängigen sichtbar zu machen.

ANGEBOT FÜR DIE BILDUNGSARBEIT

Filmmaterial, das bisher nur schwer auffindbar war, soll so an eine größere Öffentlichkeit gelangen: Filme, die die Perspektive der ArbeiterInnen einnehmen und sie zu Wort kommen lassen. Einige Beispiele: »Großer Aufwasch im Subunternehmen« des französischen Kollektivs »360° et même plus« dokumentiert den Kampf migrantischer Putzfrauen in Marseille, die von 2001 bis 2005 immer wieder streikten und um die sich Solidaritätskomitees auch aus dem etablierten Bürgertum entwickelten. Oder eine mehrteilige Videobericht-

erstattung aus Südafrika, wo die extrem unterdrückten und ausgebeuteten FarmarbeiterInnen vor drei Jahren eine Gewerkschaft gründeten. Seitdem werden gezielt Vertrauensleute verprügelt und entlassen. Schließlich »Salt Of The Earth«, ein klassischer Streikfilm aus den USA der 1950er Jahre. Die Frauen der Arbeiter beteiligen sich am Streik und revoltieren schließlich auch gegen die Unterdrückung durch ihre Ehemänner. labournet.tv sei, so Redakteurin Bärbel Schönafinger, vor allem auch ein »Angebot für die emanzipative Bildungsarbeit«. Es wende sich an die, deren Kämpfe abgebildet werden, an gewerkschaftlich Aktive, politische Gruppen, LehrerInnen und ihre SchülerInnen und allgemein Interessierte.

Das Filmportal arbeitet eng mit LabourNet Deutschland zusammen. Das internationale Netzwerk zur Stärkung gewerkschaftlicher Organisation trägt seit langem eine Vielzahl von Informationen zu Arbeitenden und ihren Konflikten aus allen Kontinenten zusammen. Diese Erfahrungen und Kontakte sollen auch für labournet.tv genutzt werden. NEH <http://labournet.tv>

»Voll viel, was man gebrauchen kann«

Kompetenz trainiert: ver.di-Bildungsstätte beendete Berufsorientierungsprojekt

Die ver.di-Jugendbildungsstätte in Berlin-Konradshöhe hat jahrzehntelange Erfahrung nicht nur mit gewerkschaftlicher Bildung, sondern auch mit außerschulischen politischen, sozialen und kulturellen Modellprojekten, die auf die Lebensbewältigung junger Menschen ausgerichtet sind. Im Dezember 2010 endete nach vier Jahren intensiver Zusammenarbeit mit vielen Partnern das EU-Berufsorientierungs- und Integrationsprojekt ENER-GON. Ein Rückblick mit Bildungsstättenleiterin Elke Weißer.



Elke Weißer: »Unterstützer und Sponsoren für unsere Bildungsarbeit sind herzlich willkommen!«

Foto: Ch. v. Polentz/transitfoto.de

Was steckt hinter ENER-GON?

ELKE WEISSER: Ein EU-gefördertes Berufsorientierungs- und Integrationsprojekt, das beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf hilft. Wir haben es gemeinsam mit sechs Berliner Schulen gemacht. Angesprochen waren Schülerinnen und Schüler der oberen Klassen, denen bei Berufsorientierung und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt geholfen wurde. Das waren vorzugsweise solche Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, deren soziales Umfeld keinen nahtlosen Übergang von der Schule in den Beruf ermöglicht. ENER-GON baute für jede teilnehmende Projektschule ein Mentorenprogramm auf, das auch die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Arbeit unterstützt. Ziel war, eine tragfähige schulische Infrastruk-

turen zu schaffen, in der Mentoring fest verankert ist. Dazu zählten »Runde Tische der Berufsorientierung«, die Lehrer und Lehrerinnen, Unternehmen und Betriebe, die Agentur für Arbeit und lokale Akteure zusammenführte.

Und das hat geklappt?

WEISSER: Weitgehend. Verantwortungsvolles Handeln, soziale Kompetenzen und solidarischer Umgang können trainiert werden. Dazu boten die Seminare in unserer Bildungsstätte Zeit und Raum – übrigens auch beim Klettern im hauseigenen Niedrigseilgarten. Kommunikation wurde geübt. So mancher begriff hier, dass man vernünftig miteinander reden und dem anderen zuhören sollte. »Wir sind mehr zusammengewach-

sen«, war ein verbreitetes Gefühl. Die Jugendlichen setzten sich mit ihren jeweiligen Stärken und Fähigkeiten für eine Berufswahl auseinander, erkannten, was ihnen liegen könnte und wovon sie besser die Finger lassen sollten. Besonders kam an, das alle Schritte im Bewerbungsprozess geübt wurden: »Voll viel, was man später noch alles gebrauchen kann«, sagte eine Schülerin zum Schluss, ein schönes Kompliment.

Was wird aus dem Mentorenprogramm?

WEISSER: Während der ENER-GON-Projektzeit gab es auch Mittel für Mentoren – etwa 33 Freiwillige, darunter auch bewährte Teamerinnen und Teamer unserer Bildungsstätte, die mit einzelnen Schülerinnen und

Schülern zusammenarbeiteten. Wer besondere Probleme hatte, wurde einzeln betreut, auch bei Hausaufgaben oder Schulthemen. Dabei bildeten sich Tandems, von denen einige auch nach Projektende weiter wirken. Das heißt, dass zwischen Jugendlichen und Mentoren die Chemie stimmte, eine Vertrauensbasis entstand, die manchmal bis tief ins Private hineinreichte.

An den Schulen hoffen wir, mit dem Projekt die Basis für Mentorenarbeit und bessere Berufsorientierung gelegt zu haben – auch wenn wir wissen, wie angespannt der Alltag für Lehrerinnen und Lehrer ist.

Wie geht es weiter?

WEISSER: Leider sind die Mittel für ENER-GON ausgelaufen, und es gibt auch keine Verlängerung. Wir hoffen natürlich auf eine Fortsetzung solcher Projekte, möglicherweise in anderer Form, und bemühen uns darum. Dazu brauchen wir auch Unterstützung vom Senat, den Bezirken. Sponsoren – Firmen beispielsweise, denen die Gewinnung von Berufsnachwuchs am Herzen liegt – sind willkommen. Denn der Kluft in Bildungsverläufen, die sich nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus auseinanderbewegen, muss gesellschaftliches Engagement entgegengesetzt werden.

INTERVIEW: BETTINA ERDMANN

Wer sich für die Bildungs- und Projektarbeit in der Bildungsstätte Konradshöhe interessiert und sie unterstützen möchte: Tel. 030/436022-14, E-Mail: info@verdi-bildungsstaette.de

KURZMELDUNGEN

■ Buchhandel und -verlage sollen Vorschlag machen

Bei der ersten Verhandlungsrunde für den Berlin-Brandenburgischen Buchhandel und die Buchverlage legten die Arbeitgebervertreter ein für die ver.di-Verhandlungskommission »völlig unzureichendes Angebot« vor. Es wurde im Verhandlungsverlauf aufgestockt: Danach wurden Tabellenerhöhungen von 1,8 Prozent zum 1. Juli 2011 und zum 1. Januar 2012 um insgesamt 2,8 Prozent und eine Einmalzahlung von 180 Euro avisiert. Das Angebot liegt unter dem Abschluss für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und werde »dem

bedeutenden Verlagsstandort Berlin in keiner Weise gerecht«, machte ver.di geltend und forderte bis zum nächsten Termin »einen verhandelbaren Vorschlag«.

■ Stillstand bei dpa-Tarifverhandlungen

Auch die dritte Runde in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der dpa GmbH am 11. Januar 2011 in Berlin hat keine Annäherung der Positionen gebracht. Die Arbeitgeberseite beharrt auf massiven Einsparungen bei den Personalkosten, etwa der kompletten Streichung des Urlaubsgeldes. Die Gewerkschaften betonten, dass die Beschäftigten keinerlei Abstriche bei Mantel- und Gehaltstarif zulassen wollen und wie-

derholten die Forderungen nach 4-prozentigen Einkommenserhöhungen. Die Verhandlungen sollten am 9. Februar fortgesetzt werden.

■ Honorarverhandlungen im rbb abgeschlossen

Nach fast zweieinhalb Jahren sind die Verhandlungen über die Honorare freier Mitarbeiter im rbb abgeschlossen. Ausstehende Onlinezuschläge werden nun in Höhe von mindestens 2,75 Prozent der Honorare vergütet; der rbb wollte ursprünglich eine Gratis-Online-nutzung für bis zu sieben Tagen erreichen. Nach sieben Tagen gilt jetzt ein Zuschlag von 5,25 Prozent anstelle von 2,5 Prozent, die die Geschäftsleitung wünschte. Weitere

wichtige Änderungen: Für Wiederholungen gelten nun die ARD-üblichen Regelungen nach MDR-Tarifvertrag; außerdem können Freie statt einer unbefristeten exklusiven Nutzung durch den Sender ihre Werke nach bestimmten Fristen wieder selbst verwerten. Die Rechte bleiben beim Urheber. Verbesserungen gab es weiterhin bei der Haftung sowie beim Umgang mit eingetretenen Verletzungen der Persönlichkeitsrechte Dritter. Das Team von rbbpro sieht in alldem dennoch nur einen relativen Erfolg bzw. eine Zwischenlösung, da man das erstritten habe, was an anderen Sendern seit Jahren üblich ist. Zudem handele es sich nach wie vor um die einseitige AGB des Senders und nicht um einen Tarifvertrag. Der rbb sagte zu, Tarifverhandlungen aufzunehmen. UCB

Zwangsarbeit in Deutschland

Sonderausstellung im Jüdischen Museum schloss Erinnerungslücke

Aufarbeitung der Geschichte ist in Deutschland eine häufig erhobene Forderung. Doch wenn aufgearbeitet wird, dann ist die Blickrichtung häufig einseitig und auf die Zeit nach 1945 gerichtet. Nur langsam und fast unter Zwang erlauben sich bundesdeutsche Ministerien oder große Unternehmen den Blick in die weiter zurückliegende eigene Geschichte, in die Zeit der Schreckensherrschaft Nazideutschlands über ganz Europa. Im Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland und in okkupierten Gebieten auf Baustellen, in Landwirtschaft und Industrie, vor allem der Kriegswirtschaft über 20 Millionen Männer, Frauen, sogar Kinder, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ausgebeutet.

Doch Zwangsarbeit war nicht nur ein Herrschaftsinstrument. Alle damals lebenden Deutschen begegneten im Alltag Zwangsarbeitern. Das Verhältnis zu ihnen war durch die NS-Rassenideologie geprägt. Beim Betrachten der historischen Fotos und beim Lesen der dazugehörigen Texte tauchte einem so unvermutet der Name Sarrazin aus der inneren



Zwangsarbeit gab es auf dem Bau, in der Landwirtschaft und in Industriebetrieben, hier bei BMW.
Foto: BMW Group Archiv

gedanklichen Versenkung auf. In der Hierarchie standen arische Deutsche als »Herrenmenschen« ganz oben. Ihnen folgten Verschleppte aus West- und Nordeuropa. Am Ende der Rangordnung befanden sich Deportierte aus Polen und der Sowjetunion als »Ostarbeiter« und schließlich Juden, Sinti und Roma. Jetzt endlich

ereignete sich mit einer als Wanderausstellung konzipierten Schau die Ausnahme von der Regel. Das Thema Zwangsarbeit in Deutschland, es war höchste Zeit, wurde nach rund 70 Jahren Totschweigens aus dem Dunkel verschwiegener deutscher Geschichte ans Licht der Gegenwart geholt.

Am 30. Januar 2011 ging im Jüdischen Museum zu Berlin die Sonderausstellung: »Zwangsarbeit, die Deutschen und der Krieg« zu Ende. Seit der Eröffnung am 27. September 2010 durch Bundespräsident Christian Wulff als Schirmherr hatte sie fast 40.000 Besucher. Eine gute Zahl, wenn man bedenkt, dass dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte aus dem öffentlichen Be-

EIN DUNKLES KAPITEL ANS LICHT GEHOLT

wusstsein, wohl mit Absicht, Jahrzehnte lang verdrängt war.

Am Zustandekommen der Wanderausstellung mit ihrem Katalog mit authentischem Bild- und Textmaterial waren die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora beteiligt, gefördert von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. 450 Fotos und 500 Dokumente brachten das vergessene Verbrechen Zwangsarbeit in die Gegenwart zurück. Sie machten deutlich, wie es sich aus damaliger Sicht als »Begleiterscheinung« des Krieges im Alltag abspielte.

BERNHARD KELLNER

www.ausstellung-zwangsarbeit.org

Mit einer Verlagerung auf die brandenburgische grüne Wiese droht der Frankiermaschinenhersteller Frankotyp-Postalia Beschäftigten in Birkenwerder seit Monaten. Nach Einschätzung von ver.di-Betriebsrätin Gabriele Hackbarth dienen geplante Einsparungen ausschließlich der Gewinnmaximierung und bedeuten den »Untergang vieler Beschäftigter«. 120 von derzeit 380 Arbeitsplätzen stehen zur Disposition.

Vorweggeschickt: Frankotyp-Postalia (FP) ist ein Traditionsunternehmen, das sich seit der Gründung 1923 vom reinen Frankiermaschinenhersteller zum »globalen Dienstleister für analoge und digitale Postbearbeitung« entwickelt hat. Die Holding ist seit 2006 an der Börse notiert. Mit 45 Prozent Marktanteil ist FP in Deutschland die Nummer Eins, hat aber auch im Ausland zugekauft und zahlreiche Töchter gegründet, zuletzt in Schweden. Nach »eingeleiteten Restrukturierungen« befindet sich die Unternehmensgruppe »auf dem richtigen Weg«, versichert der Aufsichtsratschef. Den »erwarteten

Nix mit einer schnellen Nummer

Frankotyp-Postalia will in Birkenwerder 120 Beschäftigte ausbooten

Kapitalbedarf« von 1,3 Mio. Euro, der gebraucht würde, um Produktion und Zentralwerkstatt vor den Toren Berlins zu restrukturieren und für die Produktion einer neuen Maschine fit zu machen, versucht man offenbar zu minimieren. Offiziell ist von »Bemühungen zur Sicherung des

verlagert werden, wo billigere Arbeitskräfte rekrutiert und die neue Produktionslinie »Phoenix« dann wohl aus dem Boden gestampft werden sollen. Der Betriebsrat ließ sich nicht erpressen. Daraufhin wurde die Schließung von Produktion und Zentralwerkstatt verkündet.

So einfach werde das freilich nicht gehen, wendet Gabriele Hackbarth ein, die auch Gesamtbetriebsratsvorsitzende ist: »Zunächst gibt es ein Bestandsschutzabkommen, dass bei der Verlagerung von Berlin nach Birkenwerder 1993 abgeschlossen wurde und zum Beispiel die 35-Stunden-Woche und Entlohnung nach West-Tarif sichert.« Diese Vereinbarung, die vor zwei Jahren nochmals gerichtlich bestätigt wurde, sichert den angestammten Beschäftigten – viele sind mittlerweile 50 und älter – das hohe Lohnniveau, das dem Unternehmen längst ein Dorn im Auge ist. Dank eines zusätzlichen Standort-

sicherungspaketes, das im Sommer 2009 vereinbart worden ist »und für das wir auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten haben«, seien betriebsbedingte Kündigungen außerdem bis Juli dieses Jahres generell ausgeschlossen. Danach ausgesprochene Kündigungen würden wegen langer Betriebszugehörigkeit vielfach erst 2012 wirksam. Auch der Mietvertrag für die derzeitige Produktionshalle in Birkenwerder läuft noch bis 2014. Ökonomisch mache das »viele keinen Sinn«, meint Hackbarth. Die Betriebsrätin sieht in der Strategie, womöglich neu in Sachkosten zu investieren, aber die bisherigen Beschäftigten »über die Klinge springen zu lassen«, ein »reines Personalabbauprogramm«. Sie kritisiert zudem, dass den Interessenvertretern nie Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegt wurden, obwohl der Wirtschaftsausschuss das eingefordert hatte.

NEH

INVESTIEREN, UM SO BESCHÄFTIGTE LOSZUWERDEN

Standortes Birkenwerder« die Rede, inoffiziell werden Ultimaten gestellt. Der aus IG Metall- und ver.di-Mitgliedern zusammengesetzte Betriebsrat sollte vor Wochen zustimmen, für etwa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Lohnabsenkungen um bis zu 40 Prozent durchzusetzen und 54 weitere Beschäftigte gleich ganz zu entlassen. Andernfalls müsse die Produktion an einen Standort

Nicht mitmachen beim Angriff auf das Streikrecht

ver.di- und IG Metall-Mitglieder debattieren zur Gesetzesinitiative »Tarifeinheit«

Der Bremer Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler berät seit Jahren Betriebsräte und Vertrauensleute juristisch und war auch schon öfter Gutachter für DGB-Gewerkschaften. Da musste es schon einen besonderen Grund haben, wenn er bei einer Veranstaltung des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie des Landesbezirks Berlin-Brandenburg in der Berliner Verwaltungsstelle der IG-Metall am 30. November 2010 gleich zu Beginn seines Referats betonte, dass ihn besonders freue, dass die Veranstaltung in diesen Räumen möglich ist. Schließlich war Däubler zu einem Vortrag über die Gesetzesinitiative des DGB und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zur sogenannten Tarifeinheit eingeladen worden, die gewerkschaftsintern für große Kontroversen sorgt. Danach soll in einem Betrieb nur noch der Tarifvertrag der Gewerkschaft gelten, die die meisten Mitglieder hat. Alle anderen Beschäftigtenorganisationen müssten sich während der Laufzeit dieses Vertrages an die Friedenspflicht halten und dürfen nicht dagegen streiken.

Viele Gewerkschafter sehen darin einen Angriff auf das Streikrecht und sind empört, dass die DGB-Gewerkschaften dabei Hilfestellung leisten. Constanze Lindemann vom ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie bekam viel Zustimmung für ihre Kritik, dass die Initiative ohne innergewerkschaftliche Debatte von den Gewerkschaftsvorständen in die Wege geleitet worden ist. Danach lieferte Däubler den Kritikern der Ta-



Wolfgang Däubler: »Initiative zur Tarifeinheit kaum praktikabel.«

Foto: Ch. v. Polentz/transitfoto.de

rifeinheitsinitiative eine Reihe Argumente. In rechtlicher Hinsicht sei sie kaum praktikabel, meinte er. Allein um die Stärke der Gewerkschaften festzustellen, sei eine aufwändige bürokratische Prozedur nötig. Zahlreiche Rechtsstreitigkeiten seien schon jetzt vorhersehbar. Zudem gab der Arbeitsrechtler zu bedenken, dass vor allem in kleineren Betrieben die Gefahr bestehe, dass die Unternehmer ihnen genehme Organisationen förderten, die so zur stärksten Gewerkschaft werden, die Tarifpolitik bestimmen könnten, während ver.di oder eine andere DGB-Gewerkschaft nicht dagegen vorgehen könnte. Dieses Szenario ist nicht unrealistisch. Schließlich gibt es schon heute Betriebe, wo ver.di in der Minderheit ist.

Däubler hatte auch kein Verständnis für die Argumentation der Tarifeinheitsbefürworter im DGB. Vor allem die Furcht vor zu vielen Arbeitskämpfen, könnte er bei Gewerk-

SCHUSS INS EIGENE KNIE

schaftern überhaupt nicht nachvollziehen, zumal gerade Deutschland eines der streikärmsten Länder Europas ist. Dass eine zunehmende Zersplitterung der Beschäftigtenvertretungen die Tarifpolitik auch für Gewerkschaften schwieriger macht, leuchtet dem Arbeitsrechtler dagegen ein. Doch die Zuflucht zu administrativen Maßnahmen wie der Ge-

setzesinitiative werde garantiert die Sympathien der DGB-Gewerkschaften bei den Kollegen, die sich in anderen Organisationsorganisiert haben, bestimmt nicht fördern. Die seien erst wegen Versäumnissen und Fehlern der Gewerkschaftspolitik entstanden, weil den Beschäftigten, die in der Lage sind, einen Arbeitskampf zu führen, keine attraktiven Angebote gemacht wurden, um sie im DGB zu halten, monierte Däubler.

Er bezeichnete die Beteiligung des DGB an der Tarifeinheitsinitiative als Schuss ins eigene Knie. Damit werde konservativen Kreisen Tür und Tor geöffnet, die schon lange das Streikrecht weiter einschränken wollen und beispielsweise ein obligatorisches Schlichtungsverfahren Arbeitskämpfen vorschalten wollen. Gewerkschafter haben historisch für die Ausweitung des Streikrechts gekämpft und sollten jetzt nicht denen die Hand reichen, die es einschränken wollen, meinte Däubler unter dem Applaus der Zuhörer.

Die etwa 80 anwesenden Mitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften unterstützten einstimmig eine Resolution zur Verteidigung des Streikrechts, in der es heißt: »Die zweifellos wichtige größtmögliche Einheit unter den ArbeitnehmerInnen darf keine Sache staatlichen Zwanges werden, bei dem dann nicht mehr nach dem Sinn und Zweck dieser Einheit für die ArbeitnehmerInnen selbst gefragt wird, sondern Unternehmenswohl und Staatsräson im Vordergrund stehen.«

PETER NOWAK

Scharenweise haben sich Userinnen und User bei MySpace aus- und bei Facebook eingeloggt. Das soziale Netzwerk, für das Medien Mogul Rupert Murdoch 2005 noch 580 Mio Dollar bezahlte, verliert an Raum.

Doch online-Freundeskreise und Netzwerke haben einen höchst realen Hintergrund. Das fiel auf, als die Beschäftigten der deutschen Niederlassung von MySpace in Berlin Mitte Januar im ver.di-Gewerkschaftsbüro standen und angesichts ihrer bedrohten Arbeitsplätze über die Gründung eines Betriebsrates nachdachten. Schließlich lieferte die deutsche Sektion doch profitabel, und irgend-

Kein Raum mehr für MySpace

Soziales Netzwerk schließt weltweit Dependancen

wie müsse da noch was zu machen sein. Gewerkschaftssekretärin Kathlen Eggerling von connexx.av: »Die drei Kollegen zeigten sich informiert

KLAR SCHIFF MIT ABFINDUNGEN

und hatten sich vorbereitet. Wir haben die Schritte zur Vorbereitung einer Betriebsratswahl abgesprochen. Doch es war bereits zu spät. Zur

Gründung eines Betriebsrates kam es nicht mehr. Die Luft war raus.« Einen Tag vor der Wahlversammlung machte die deutsche Geschäftsleitung von MySpace in einer Mitarbeiterversammlung »klar Schiff«, verkündete das Aus und überreichte die Kündigungen. Im amerikanischen Mutterunternehmen gibt es keine Mitbestimmung, sondern handfeste Abfindungsangebote, die irgendwann jeden überzeugen: »That's life« – die in der Regel jungen Beschäftigten sehen sich flexibel und

mit guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Aber die späte Idee zur Gründung eines Betriebsrates endete auch mit der Einsicht, dass ein Gremium zur Mitbestimmung grundsätzlich eine gute Sache ist.

Von den weltweit etwa 1000 MySpace-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern werden 500 entlassen, in Deutschland sind 20 bis 25 betroffen. Ob das »Gesundshrumpfen« den einzig verbliebenen Konkurrenten von Facebook überhaupt noch rettet, bleibt ungewiss. Die vielen Musiker und Bands, die über MySpace auftreten, werden sich wohl demnächst eine andere Plattform suchen müssen. B.E.

Zülig, strittig, inhaltsreich

Landesfachbereichskonferenz debattierte und wählte neuen Vorstand

Zülig, strittig, inhaltsreich und stringent in der Durchführung« möge sich die Arbeit des ver.di-Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie in den kommenden vier Jahren gestalten. Diese Hoffnung der alten und neuen Fachbereichsvorsitzenden Constanze Lindemann, die am Ende der 3. ordentlichen Landesfachbereichskonferenz am 13. November 2010 stand, schöpfte sich wohl auch aus dem Tagungsverlauf. Alle Zeitpläne waren auch dank stringenter Versammlungsleitung überholt worden, die Teilnehmer aus allen Fachgruppen und regionalen Gliederungen hatten dennoch inhaltsreich gestritten. Ein wesentlicher Konfliktpunkt war die ver.di-Haltung zur Zukunft des Urheberrechtes, zu der Inez Kühn, Bereichsleiterin Medien-Publizistik im ver.di-Bundesvorstand, in ihrem Grußwort Stellung genommen hatte. Das entsprechende Positionspapier des Bundesfachbereichsvorstandes provozierte Widerspruch und Debatten nicht nur bei dju-Mitgliedern, sondern auch aus der Fachgruppe Musik. Von »Katastrophe« und »Kungelei« war da die Rede, es wurde an der Grundgesetz-Konformität der Vorschläge gezweifelt. (Das Papier kann unter <http://dju-verdi.de> heruntergeladen werden.)

Allgemeine Zustimmung und nur wenige Nachfragen gab es dagegen zum Vortrag Dr. Bodo Zeuners zum Thema Tarifeinheit und Einheitsgewerkschaft (siehe auch S. 6).

Auf die gemeinsame Gesetzesinitiative von DGB und BDA zur Tarifeinheit ging auch der Geschäftsbericht des scheidenden Vorstandes ein. Dazu sei zu fragen, »welche Einstellungen sich in ver.di durchsetzen sollen und wer die Gewerkschaft repräsentiert«, hieß es in der Bilanz des Landesfachbereichsvorstandes zur vergangenen Wahlperiode. Seit November 2006, so die Statistik, fanden 28 ordentliche Landesfachbereichsvorstandssitzungen und 40 Treffen des geschäftsführenden Vorstandes statt. Zwei Klausurtagungen widmeten sich Mitgliedergewinnung und Organizing. Wie wichtig diese Themen sind, so Constanze Lindemann in ihren mündlichen Ergänzungen, zeige die alarmierende Mitgliederentwicklung: In den vergangenen zehn Jahren habe der Fachbereich etwa ein Drittel seiner Mitglieder verloren, vor allem im Industriebereich, aber auch in der



Nur fürs Foto auf halber Treppe stehen geblieben: der neue Landesbezirksvorstand

Foto: Ch. v. Polentz/transitfoto.de

Druckindustrie und Papierverarbeitung. Gab es anfangs Beschwerden der Mitgliedschaft vor allem über neue Strukturen, so sei es »heute das Fehlen von hauptamtlichen Sekretärinnen, was den Aufbau und die Pflege gewerkschaftlicher Strukturen massiv blockiert« und zu »wachsender

BESSER NETZWERKEN UND KOMMUNIZIEREN

Unzufriedenheit führt. Existierten z.B. zu Beginn für die Brandenburger Bezirke noch drei Gewerkschaftssekretäre, so besteht heute nur noch eine halbe Stelle in Potsdam«, hieß es dazu kritisch.

Ziel müsse es deshalb weiter sein, ein eigenständiges, auch ehrenamtliches, »funktionierendes Netzwerk in Verbindung mit den Fachgruppen« aufzubauen. Der Vorstandsbericht nannte weitere »besondere Herausforderungen«, etwa den nötigen Generationswechsel in den Gremien und die gezielte »Ansprache von jungen Beschäftigten«, verstärkte An-

strengungen in der Tarifarbeit, speziell der Druckindustrie sowie die Stärkung »praktischer Solidarität innerhalb des Fachbereiches«.

Die Forderung nach verbesserter Kommunikation bestimmte zahlreiche Diskussionsbeiträge. Dazu sprachen Peter Schrott (Senioren) und Stefan Gretsche (FG Musik), der zugleich eine »Bringepflicht« der hauptamtlichen ver.di-Sekretäre anmahnte. Das Problem liege nicht zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, sondern »zwischen oben und unten« erklärte dagegen Toni Winter (FG Theater und Bühnen). Jürgen Schäfer (rbb) berichtete von erfolgreichen Streikaktionen bei der letzten Tarifaufsetzung, Matthias Gottwald (dju) von bislang vergeblichen Bemühungen, regionale Strukturen mittels neuer Stammische zu etablieren.

Die Kandidaten für den neuen Landesbezirksvorstand wurden fast alle einstimmig gewählt. Das Gremium hat noch im alten Jahr seine Arbeit aufgenommen. Unser Foto zeigt die TeilnehmerInnen der ersten ordentlichen Vorstandssitzung am 29. November 2010.

NEH

KURZMELDUNGEN

■ Sitz im rbb-Rundfunkrat bleibt unbesetzt

Ver.di Berlin-Brandenburg sowie die Landesverbände des Deutschen Journalistenverbandes DJV Berlin und JVBB bedauern, dass aufgrund der Kompromissunfähigkeit des Mini-Verbandes DJV Brandenburg der den Journalisten zustehende Sitz im Rundfunkrat des rbb in der beginnenden Amtsperiode unbesetzt bleiben wird. Nach § 14 (1) Zi. 6 des rbb-Rundfunkstaatsvertrags wird das journalistische Mitglied »gemeinsam« von ver.di-Landesbezirk, dem DJV Berlin und dem DJV Brandenburg nominiert. Zuletzt stellte es ver.di mit Landesbezirksleiterin Susanne Stumpfenhusen.

ver.di und DJV Berlin in Kooperation mit dem JVBB, insgesamt vertreten sie über 7.500 Journalisten in der Region, haben vergeblich versucht, mit dem DJV Brandenburg (offiziell 359 Mitglieder) zu einer Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten zu kommen. Der Vorsitzende des Mini-Verbandes Hans Werner Conen beharrte darauf, in der nunmehr dritten Amtsperiode des rbb-Rundfunkrates die Nominierung vornehmen zu können und lehnte den Kandidatenvorschlag und ein späteres Kompromissangebot der Partner ab. Deshalb bleibt der Sitz der Journalistengewerkschaften bis auf Weiteres frei.

RED

■ Zeitungskauf in Brandenburg

Zu Jahresbeginn hat das Märkische Verlags- und Druckhaus Frankfurt/Oder, in dem die Märkische Oderzeitung (MOZ) herausgegeben wird, den »Oranienburger Generalanzeiger« und die zugehörigen Anzeigenzeitungen Märker und Brawo von der Mediengruppe Ippen gekauft. Das Bundeskartellamt hat dem Erwerb mittlerweile zugestimmt. Ministerpräsident Platzeck hat das Geschäft im Dienste einer »lebendigen und vielfältigen Presselandschaft« in Brandenburg begrüßt. Die dju in ver.di will die Kontakte zu den 68 Mitarbeiterinnen in Redaktion und Verlag des »Oranienburger Generalanzeigers« und den fast 100 Beschäftigten des Druckhauses ausbauen. Das Unternehmen hat bislang weder Betriebsrat noch Tarifbindung.

RED



Qualität und Zukunft sichern!

Gemeinsame Tarifrunde Verlage und Druck stellt Beschäftigte und Gewerkschaft vor große Herausforderungen



MVD-TARIFVERHANDLUNGEN GESCHEITERT

Die Geschäftsführung der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft mbH Potsdam (MAZ-Druckerei) hat Mitte November die seit Monaten laufenden Tarifverhandlungen platzen lassen. Die gewerkschaftliche Tarifkommission habe zu wenig Kompromissbereitschaft gezeigt, hieß es zur Begründung. ver.di-Verhandlungsführer Andreas Fröhlich wies die Behauptung, dass der zuletzt vorgelegte gewerkschaftliche Tarifvertragsentwurf wirtschaftlich nicht tragbar gewesen sei, als »absurd« zurück. Es sollte um die künftige Maschinenbesetzung, um Beschäftigungssicherung und Sozialplan gehen. Nach einer Aufsichtsratssitzung bei der Muttergesellschaft in Frankfurt/Main sind die seit 2008 kursierenden Pläne zur Anschaffung einer neuen Zeitungsrotation in Potsdam offenbar vom Tisch. Wie es weitergehen wird, darüber hüllt sich die Geschäftsführung in Schweigen, eine Gesprächseinladung des Betriebsrates für Ende Januar wurde ausgeschlagen.

Die Zeichen der Tarifrunde 2011 stehen auf Sturm. Zeitungsverleger lassen seit Monaten keinen Zweifel daran, wozu sie die laufende Tarifrunde nutzen wollen: für einen »Rückbau« der Tarifverträge für Redakteurinnen und Redakteure. Die Druckarbeitgeber zogen zu Jahresbeginn mit marktradikalem Getöse nach. Der Chef des Bundesverbandes Druck und Medien (bvdM) warf den Beschäftigten vor, »die niedrigsten Arbeitszeiten, gleichzeitig aber die höchsten Löhne« zu haben. Er drohte, mit dem »überholten« Manteltarifvertrag werde »über die Zukunft des Flächentarifvertrages und der Branche« entschieden. ver.di hält dagegen: Es gehe sehr wohl um Zukunftsfragen, vorrangig jedoch um die Zukunft von Beschäftigung und Begrenzung von Schmutzkonkurrenz, um Qualitätsmedien generell. »Das Maß an Zumutungen ist überschritten«, erklärt ver.di-Vize Frank Werneke.

LÄNGER ARBEITEN UND WENIGER VERDIENEN?

Im Verlags- und Redaktionsbereich, speziell in der laufenden Tarifrunde für die 14 000 Redakteurinnen und Redak-

teure an Tageszeitungen, hat die Arbeitgeberseite einen unsozialen Wunschzettel aufgemacht, von dem die Gewerkschaften einschätzen, dass er die »Zukunft des Journalistenberufes« zur Disposition stelle. Neueingestellte – das betrifft auch Kolleginnen und Kollegen, die die Stelle wechseln oder outgesourct werden – sollen grundsätzlich nach einem »Gehaltstarif 2« eingestuft werden. Dessen Niveau liegt 15 Prozent niedriger. Außerdem sollen gekürzte Manteltarifleistungen weitere zehn Prozent Einbußen bringen, die Arbeitszeit soll auf 40 Stunden erhöht, der Jahresurlaub bei 30 Tagen gekappt werden. Die Arbeitgeberbeiträge für das Presseversorgungswerk sollen von fünf auf 2,5 Prozent sinken. Das Urlaubsgeld wird gestrichen. Letzteres soll künftig übrigens für alle Redakteurinnen und Redakteure gelten. Zusammengefasst: Für Neueingestellte soll das Tarifniveau um 25 Prozent sinken. Anders gerechnet: In mittleren Gehaltsstufen würden Personen mit Gehaltstarif 2 bis zu 900 Euro monatlich weniger gezahlt bekommen als nach der jetzigen Gehaltsstruktur. In einem Zeitraum von zehn Jahren gingen ihnen gegenüber den bisherigen Tarifleistungen etwa 100 000 Euro verloren, ihre Altersversorgung würde verschlechtert. Diese Kürzungen sind generell geplant, nicht etwa nur in wirtschaftlichen Notlagen. Länger arbeiten und weniger verdienen ist die Arbeitgeber-Ansage.

DIE DRUCKARBEITGEBER WITTERN MORGENLUFT

Auch in der Druckindustrie – hier sind der Mantel- und der Entgelt-Tarifvertrag zum 31. März dieses Jahres gekündigt – streben die Arbeitgeber schwere Einschnitte an. Die Arbeitszeit soll von jetzt 35 in einem »Korridor« auf bis zu 40 Stunden verlängert werden können. Die geltenden Maschinenbesetzungsregeln sollen verändert und die strengen Fachkräftebesetzungsregeln an den Druckmaschinen »gelockert« werden. Auch die »hohen Hilfsarbeiterlöhne« stünden zur Disposition. Die Arbeitgeber fordern des weiteren Öffnungsklauseln, die Kosten senken und »praxisgerechte und individuelle Lösungen« ermöglichen würden. Sie wenden sich strikt gegen alle Initiativen zur Begrenzung des Arbeitsplatzabbaus, des ruinösen Preiskampfes und von Leiharbeit in der Druckindustrie. Nach drei Jahrzehnten, in denen sich die Arbeitgeberseite nicht wagte, an der Substanz des Manteltarifvertrages zu rütteln, wittert man nun offenbar Morgenluft.

HELMA NEHRlich

Aktuelle Infos unter: <http://druck.verdi.de/newsletter> oder <http://ldju.verdi.de/tarif>

Die zeitlich zusammenfallenden Tarifrunden in Redaktionen und Druckereien bieten die Chancen, dass gemeinsam mehr Druck gemacht werden kann. Die sollten genutzt werden, erklärt Medien-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

Die Arbeitgeberseite stellt ihren Horror-Forderungskatalog als alternative Lösung für das wirtschaftliche Überleben dar. Wie siehst Du das?

MATTHIAS VON FINTEL: Tatsächlich befindet sich die Branche seit 2000/01 in schweren Umbrüchen, die Druckauflagen sind eingebrochen, das Werbeaufkommen gesunken. Die klassischen Geschäftsfelder entwickeln sich rückläufig, die Konkurrenz mit Wettbewerbern wächst, Verlage gründen auch eigene Töchter aus, um im Online-Geschäft und bei Bewegtbildern mitzumischen. Gleichzeitig gibt es Überkapazitäten in der Druckindustrie, was die Unternehmen aber nicht gehindert hat, in neue Druckmaschinen zu investieren und Arbeitsplätze zu streichen. Personalabbau gab es auch in den Verlagen, bei den Tageszeitungen sind zwischen 2003 und 2009 bundesweit 1500 weniger feste Redakteurinnen und Redakteure beschäftigt. Prozentual noch stärker war dieser Abbau im Zeitschriftenbereich. Personalkosten sind also erheblich gesunken. Hinzu kam: Seit dem Jahr 2000 gab es nur unterdurchschnittliche Tarifabschlüsse, die bei den Beschäftigten zu einem relativem Gehaltsverlust führten, in den Redaktionen wurde über die Jahre nicht einmal der Inflationsausgleich gesichert.

Nachholbedarf und Richtungswechsel

Vernünftige Tariflösungen brauchen Aktivität und Druck aus den Belegschaften

Es besteht somit eigentlich erheblicher Nachholbedarf für die Geldbeutel der unter starker Arbeitsverdichtung leidenden Beschäftigten. Angestrebt wird von den Arbeitgeberverbänden jedoch weitergehender Tarifabbau. Die Verleger gehen, so sieht das ver.di, in eine Richtung, die zu dauerhaften Qualitätsproblemen führt.

Was hält ver.di, speziell auch die dju, denn dagegen?

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion fordert aktuell 4 Prozent mehr Gehalt. Die Zumutungen des so genannten Tarifwerkes 2 wollen wir abwehren und die Zwei-Klassengesellschaft in den Redaktionen verhindern. Eng im Zusammenhang damit steht die Forderung nach »equal pay« für Leiharbeiter und Pauschalisten, die ja schon jetzt vielerorts die schlechter bezahlte zweite oder outgesourcte Redaktionsbesetzung darstellen. Fair ist diese gemeinsame Arbeit am Zeitungsprodukt zu eklatant unterschiedlichen Konditionen ganz sicher nicht.

Und wie sollen die Forderungen durchgesetzt werden?

Die Tarifrunden in Verlagen und Druckereien laufen erstmals seit langem zeitlich parallel, das heißt, es wären wirklich effektive Streiks denkbar. Kleine Streikbrechermannschaften in den Redaktionen

– ein probates Mittel der letzten Jahre – sind wirkungslos, wenn die Drucker mitziehen. Das gilt selbstverständlich auch im umgekehrten Fall. Auf Seiten der Beschäftigten können wir ein neues Maß an Gemeinsamkeit zurückgewinnen und gelebte Solidarität gestalten. Insofern gilt: Es gibt viel zu verlieren, aber eben auch viel zu gewinnen!

Was kann ver.di praktisch entgegenzusetzen?

Wir mobilisieren unsere Mitglieder, in den Redaktionen nutzen wir erstmals »aktivierende Fragebögen«, die haben sich in anderen Branchen bereits bewährt. Es wird Flyer, Infobroschüren und Plakate geben und eine gemeinsame Aktionsseite zu dieser Tarifrunde im Internet, um Netzwerke zwischen Aktiven zu knüpfen. Klar ist aber auch: In diesem Tarifkonflikt wird entschieden, zu welchen Bedingungen in den nächsten Jahren Zeitungen produziert werden. Automatisch oder durch wenige Mutige wird sich diesmal nichts regeln. Deshalb werden wir versuchen, Streiks mit Aktionen Dritter zu verbinden, Öffentlichkeit herzustellen, Leser einzubeziehen. Dabei wollen wir auch mit dem DJV so gut wie möglich zusammenarbeiten. Ohne wirksamen Druck aus den Belegschaften selbst wird es keine Lösungen geben, die für die Zukunft der Beschäftigten und der Branche taugen. **NEH**



Matthias von Fintel:
»Zumutungen abwehren,
Zweiklassengesellschaft
verhindern.«

Tariflandschaft in Brandenburg und Berlin zersplittert

In Brandenburg und in Berlin ist die überwiegende Zahl der Zeitungsverlage und der Zeitungsrotationen nicht mehr Mitglied in den Arbeitgeberverbänden. So existiert Tarifbindung bei der »Märkischen Oderzeitung« (MOZ) und bei der »Lausitzer Rundschau« lediglich über Haustarifverträge. Die »Potsdamer Neuesten Nachrichten« und der »Oranienburger Generalanzeiger« sind gar nicht tarifgebunden. Nur die »Märkische Allgemeine Zeitung« hat durch die Mitgliedschaft im Verein der Zeitungsverleger eine Tarifbindung, die sich auch auf den Rotationsbereich erstreckt. Diese Zersplitterung hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren die Gehälter und Löhne der Brandenburger Zeitungsverlage und Rotationen bis zu 15 Prozent von den bundesweit geltenden Flächentarifverträgen der Druckindustrie und für Redakteure an Tageszeitungen abweichen. Ähnlich ist die Situation in Ber-

lin. Auch hier besteht die Tarifbindung der Zeitungsrotation überwiegend auf der Basis von Haustarifverträgen bzw. einzelvertraglichen Zusagen. Lediglich das Druckhaus Spandau der Axel Springer AG ist direkt durch Mitgliedschaft im Verband noch an den bundesweiten Flächentarifvertrag gebunden. Dort, wo Haustarifverträge bestehen, ist zumindest gesichert worden, dass die manteltarifvertraglichen Leistungen adäquat zu den Flächentarifverträgen gezahlt werden.

Um der Aufweichung der Tariflandschaft entgegenzutreten und koordiniertes gewerkschaftliches Vorgehen zu organisieren, fand am 12. Februar 2011 eine Berlin-Brandenburger Tarifkonferenz für die Zeitungsverlage und Druckbetriebe statt. Ziel war es, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um im Rahmen der bevorstehenden Flächentarifvertragsverhandlungen auch die Be-

triebe einzubeziehen, die durch Haustarifvertrag oder anderes gebunden sind. Perspektivisch geht es darum, in Brandenburg und Gesamtberlin wieder zum Niveau der bundesweiten Tarifverträge aufzuschließen. **ANDREAS KÖHN**

VER.DI WILL TARIFVERHANDLUNGEN BEI DER MOZ

Bei der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH und Co. KG (MOZ) hat die betriebliche ver.di-Tarifkommission beschlossen, die Entgeltregelungen der Haustarifverträge fristgerecht zum 31. März 2011 zu kündigen. Für die Beschäftigten der Märkischen Oderzeitung sind seit Jahren keine linearen Entgelterhöhungen vereinbart worden. Der Abstand zu den Löhnen und Gehältern im Flächentarifvertrag hat sich so weiter vergrößert, ein Inflationsausgleich wurde nicht gewährt. Die gewerkschaftliche Tarifkommission wird über eine angemessene Tarifforderung beraten und zu Verhandlungen auffordern.

Unbändige Theaterlust, die ansteckt

Vom Befehl Nr. 65 zum THEATER AN DER PARKAUE: Haus für junges Publikum feierte 60.

Im November 2010 beging das Theater an der Parkaue eine Festwoche zum 60. Jubiläum mit einem Theaterpädagogischen Salon, vielen Vorstellungen, der Premiere »Peter und der Wolf«, einer Matinee unter dem Titel »Wozu Staatstheater«? Zum Abschluss gab es eine Geburtstagsperformance der fünf Theaterjugendclubs. Zur Party wurden Freunde, Fans, Feuilletonisten, Fantasten, Förderer und Fanatiker des Hauses herzlich eingeladen. Der Regierende Bürgermeister erklärte im Grußwort, es gebe »reichlich Anlass zu gratulieren«. Da wäre die bewegte Geschichte, beginnend als »Haus der Kultur der Sowjetunion, Filiale für Kinder! Da wären die erfolgreichen Aufbrüche, so nach der Wiedervereinigung Berlins vor 20 Jahren. Heute sei das Theater an der Parkaue »nicht nur das größte und einzige staatliche Kinder- und Jugendtheater



in Deutschland, es steht auch für eine unbändige Theaterlust, die ansteckend wirkt auf Kinder und Jugendliche. Neben der mitreißenden Spiel Leidenschaft ist die kluge Programmgestaltung ein weiteres Erfolgsrezept...«

Unter den Berliner Theatern hat diese Spielstätte als erstes reines Kinder- und Jugendtheater eine besondere Stellung und Tradition. Selbst äußerlich: Von der S-Bahn gesehen, überragt der Bühnenturm den Rest



Zentrum künstlerischer Vielfalt

Foto: Archiv Theater an der Parkaue



Aktuell auf dem Spielplan: »Stoffel fliegt übers Meer«

Foto: Christian Brachwitz

des Gebäudeensembles und zeigt an: Hier steht ein Theater. Der mehrflügelige Komplex wurde 1911 als Höhere Knabenschule errichtet, 1934 in Joseph-Goebbels-Schule umbenannt und überstand den Krieg nahezu unbeschädigt. 1948 erließ der Chef der Garnison und Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, Armeegeneral Tschuikow, den Befehl Nr. 65, der die Umwidmung des Hauses für kulturelle Zwecke anordnete. Kindern und Jugendlichen sollten neue Kulturinhalte vermittelt und Freizeitmöglichkeiten angeboten werden. Der Bauhausschüler Waldemar Alder und sein Partner Waldemar Heinrichs erarbeiteten die Um- und Ausbaupläne, die hochwertige Ausstattung übernahmen die Deutschen Werkstätten Hellerau. Die Räumlichkeiten wurden für Instrumentalunterricht, Chorgesang, Volkstanz, Ballett, Schauspiel, Vermittlung von Sprachen, Geschichte, Naturkunde, Fotografie, und Kunstgewerbe hergerichtet. Außerdem fanden sich im Gebäude eine Miniatursternwarte, Werkstätten für Holz, Metall und Elektrotechnik, Ateliers für Malerei, Bildhauerei und Keramik, sowie eine Bibliothek, ein Lesesaal, ein Kino und ein Theater mit 400 Zuschauerplätzen. Im Park waren Sportplatz, Freilichtbühne und ein Lehrgarten angelegt.

Mit einer Aufführung von »Du bist der Richtige« in der Regie des ersten Intendanten Hans Rodenberg wurde am 16. November 1950 das »Theater der Freundschaft« eingeweiht. Der Spielplan des neuen Kindertheaters enthielt von Anfang an Gegenwarts- und Themenstücke, Märchen, Mythen und Sagen sowie Klassiker

aus der Schulliteratur. Auch die Theaterpädagogik hat seit 1950 eine besondere Bedeutung. Vor- und Nachbereitungen, Inszenierungsbegleitungen, Workshops zu Inszenierungen und Theaterjugendclubs geben Einblicke für das junge Publikum in die Darstellende Kunst. Tanzprojekte in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Ballettschule Berlin und in Kooperation mit der Komischen Oper wurden

RENOMMEE, DAS ÜBER DIE GRENZEN REICHT

gezeigt. Bis 1989 gab es Konzerte und musikalische Programme mit dem Orchester des Theaters der Freundschaft. Auf dieser Bühne haben Schauspieler wie Hilmar Thate, Ruth Maria Kubitschek, Jutta Hoffmann oder Rolf Ludwig die Qualität des Hauses mitbestimmt, die bald auch

internationales Renommee einbrachte. Ilse Weintraut-Rodenberg übernahm 1959 die Intendanz und stellte ein neues, überwiegend sehr junges Ensemble zusammen. Unter den Intendanten Klaus Urban ab 1974 und Dr. Siegfried Wein ab 1985 inszenierten viele namhafte Regisseure wie Horst Hawemann, Wolfgang Engel, Mirjana Erceg, Alejandro Quintana, Carl-Herrmann Risse und Konrad Zschiedrich. 1991 berief der Senat Manuel Schöbel zum damals jüngsten Intendanten Deutschlands. Er startete seine erste Spielzeit mit sieben Premieren in nur vier Tagen und die zweite mit einem neuen Namen für das Haus: carrousel Theater an der Parkaue. Die Zahl der Mitarbeiter war da von ursprünglich 240 bereits stark reduziert worden, inzwischen liegt sie bei knapp über 70.

Das Kinder- und Jugendtheaterzentrum der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet seit 1991 alle zwei Jahre mit dem Haus gemeinsam das Deutsche Kinder- und Jugendtheater-Treffen »Augenblick Mall!«. 1995 wurde der gesamte Gebäudekomplex in die Berliner Denkmalliste eingetragen. Der Standort Parkaue wurde ein Zentrum künstlerischer Vielfalt, das seit fünf Jahren von Kay Wuschek geleitet wird. Seit August 2005 trägt das Haus den Namen Theater an der Parkaue und nutzt zusätzlich zwei kleinere Bühnen mit 133 bzw. 67 Sitzplätzen. Wir hoffen, dass das Theater dem jungen Publikum noch viele Jahre erhalten bleibt, damit es auch nächsten Generationen von Heranwachsenden Anregungen und Orientierung geben kann.

ROSWITHA WEBER



Legendäre Inszenierung: »Die Herren des Strandes«

Foto: Egon Radloff

Sehr viel zu tun im (Un-) Ruhestand

Vom Arbeitsalltag entlastet, übernimmt Roswitha Weber Vorstandsverantwortung

Seit über 38 Jahren hat Roswitha Weber die Geschicke des Theaters an der Parkaue begleitet, gehörte bis Ende des vergangenen Jahres quasi zum Inventar der Jugendbühne. Kurz vor Jahresende wurde sie in den (Un-)Ruhestand verabschiedet, bleibt jedoch noch im Personalrat und vor allem in ver.di aktiv: momentan sogar als Vorsitzende ihrer Fachgruppe Theater und Bühnen.

Sie habe die »Höhen und Tiefen des Hauses miterlebt, sagt die gelernte Gebrauchswerberin. Als sie im September 1972 als Grafikerin im Theater der Freundschaft begann, hatte sie gemeinsam mit einer Kollegin die Druckerzeugnisse des Hauses zu gestalten – Programmhefte, Plakate, theaterpädagogische und hausinterne Materialien – sowie Ausstellungsvitrinen zu bestücken, Werbeflächen zu füllen. Das war zumeist echte Hand- und Satzarbeit, an elektronische Hilfsmittel war noch nicht zu denken. Seit der Wende und der ersten Personalabbauwelle zeichnete Roswitha Weber allein für diese Aufgaben verantwortlich. Als sie jetzt verabschiedet wurde, war ihre Berufsbezeichnung seit langem »Printmediengestalterin«, ihr Hauptarbeitsmittel längst der Computer. Auch klimatisch hatte sich viel verändert. Während sie in den frühen Jahren ganz selbstverständlich mit



Roswitha Weber: »Jede und jeder kann kommen ...«

Fotos: Chr. v. Polentz / transifoto.de

dem Ensemble zu tun hatte, quasi gleichberechtigter Teil des Theaterlebens war – sie erinnert sich noch heute lebhaft an »ihre« erste Inszenierung »Das bucklige Pferdchen«, die Grafik gehörte seinerzeit zum Regieteam – geriet ihre Tätigkeit später immer mehr zur reinen Dienstleistung. Umso mehr freute sie sich, dass zur Abschiedsparty auch der Intendant und viele MitstreiterInnen gekommen waren.

Soweit entlastet, hat sich Roswitha schon im Frühherbst neuerlich belasten lassen, hat den ver.di-Fachgruppenvorsitz und damit Verantwortung für 1800 Mitglieder übernommen. Jahrzehntelange Personal-

ratsarbeit und aktive Mitarbeit im ver.di-Fachgruppenvorstand sind dafür freilich gute Voraussetzungen. Roswitha ist teamfähig und eher eine ruhige, stete Arbeiterin, die sich selbst nie in den Vordergrund



schiebt. Sie möchte an die gemeinsamen Erfolge der vergangenen Jahre anknüpfen und sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die ehrenamtliche Arbeit auf möglichst vie-

le Schultern zu verteilen und noch mehr Aktive einzubeziehen. »Dazu muss mehr in Sachen Kommunikation geschehen«, ist sie überzeugt, spricht von notwendigen Netzwerken und erinnert daran, dass die Vorstandsarbeit für alle Mitglieder offen und transparent ist: »Jede und jeder kann zu jeder unserer Sitzungen kommen...«

Doch wolle man auch weiter an Strukturen arbeiten und zum Beispiel eine Art gewerkschaftlichen Stammtisch für Personal- und Betriebsräte etablieren, für die Sprechbühnen gäbe es da bereits Ansätze, doch ohne gewerkschaftliche Federführung. Solche Treffen sollten künftig auch für die Tarifarbeit Nutzen bringen, denn »die Problematik mit dem NV Bühne wird und muss uns weiter beschäftigen. Zwar ist die Einbindung der staatlichen Bühnen in den Tarifvertrag der Länder nun besiegelt. Gewerkschaftliches Ziel sollte jedoch perspektivisch ein einheitlicher Tarifvertrag für alle Theaterbeschäftigten sein, um das ungeteiltere Durcheinander mit den individuellen Anbindungen an ganz unterschiedliche Tarifwerke zu beenden.« Es wäre allerdings schon ein hehres Ziel, wenn eine Vereinheitlichung zunächst für die staatlichen Bühnen in Berlin erreicht werden könnte. Doch selbst bis dahin sei das »ein schwieriger Weg«. **NEH**

Qualität und Tänzerpersönlichkeiten fehlen

Kulturausschuss des Bundestages lud ver.di-Kollegin zu Statement ein

Miriam Wolff, bis zur Abwicklung des Balletts 2004 Tänzerin an der Komischen Oper und seitdem freiberuflich tätig, wurde 2007 in den geschäftsführenden Bundesfachgruppenvorstand Theater & Bühnen gewählt und nimmt für die Gewerkschaft an Treffen der Federation of International Actors (FIA) teil. Sie war eingeladen, am 10. November 2010 beim Kulturausschuss des Bundestages über aktuelle Probleme ihres Berufsstandes zu sprechen. Wir dokumentieren Auszüge:

Vor knapp 20 Jahren hätten die Gewerkschaft (IG Medien) und viele Aktive für den Erhalt der Tänzerrente, wie sie im Osten üblich war, gekämpft. Leider umsonst. In den letzten 20 Jahren entstanden viele pri-

vate Schulen, die »frei nach dem Motto agieren: Zahl ein paar hundert Euro pro Monat und nach zwei bis vier Jahren bist du Tänzerin oder Tänzer. Aber eine ordentliche Tanzausbildung dauert normalerweise acht bis neun Jahre.« Da der Beruf des Tanzpädagogen nicht geschützt ist – was dringend geschehen müsste –, produzierten viele dieser Schulen schlecht ausgebildete Tänzer, die sich kaum mit ihrer Kunst über Wasser halten könnten und irgendwann umgeschult werden müssten.

Ausdrucksstarke ältere Tänzerinnen und Tänzer würden hierzulande einfach entsorgt oder, bevor Kündigungsschutz einsetzt, ihr Engagement nicht verlängert. Qualität und Tänzerpersönlichkeiten fehlen. Zum Glück

gäbe es gut ausgebildete ausländische Kollegen. Die 88 Tänzerinnen und Tänzer im Berliner Staatsballett vertreten 33 Nationen!

MINDESTGAGEN UND BESSERE AUSBILDUNG

»Prinzipiell ist jede Förderung des Tanzes zu begrüßen. Nur sollten wir darauf achten, dass das Geld nicht in zu viele Institutionen versickert. Was nützen uns gut ausgestattete Tanzbüros, wenn an Theatern zu Hungerlöhnen gearbeitet wird, in Magdeburg etwa zu 50 Euro brutto für eine Giselle-Vorstellung?« An fast allen Theatern werde die Sparte Bal-

lett zuerst geopfert., notfalls stelle man Tänzerinnen und Tänzer zu Dumpinglöhnen als Gast wieder ein.

»Falls Ihnen als Kulturpolitiker wirklich der Tanz am Herzen liegt, sollten Sie sich für eine Gagenuntergrenze für Gäste einsetzen. Mit dieser Art von Mindestlohn hätten wir auch eine Qualitätssicherung. Außerdem sollte mehr Geld in staatliche Ballettschulen gelangen. Dort sollte außer in die Tanzkunst auch in die Allgemeinbildung der angehenden Tänzerinnen und Tänzer investiert werden. Sie dürfen nicht zu Fachidioten erzogen werden.« Miriam Wolff setzte sich zudem dafür ein, dass staatliche Möglichkeiten der Umschulung für Tänzer erhalten und verbessert werden. Die Künstlersozialkasse müsse endlich Tänzer, die kurzzeitig an Opernhäusern gastieren, als Freiberufler anerkennen und als Mitglieder aufnehmen. **RED**



Eva Strittmatter: Poesie für das Leben
Foto: Renate Stiebitz

Was Dichtung ausmacht

Zum Tod von Eva Strittmatter am 3. Januar 2011

2010 anlässlich des 80. Geburtstages danken für »Poesie und andere Nebendinge«, für Sternstunden, für Aha-Erlebnisse und für unzählige ermutigende Zeilen, die sie uns geschenkt hat. Dieser Dank gilt über den Tod hinaus, jetzt wie vor einem Jahr. Auch erfüllt es viele mit Genugtuung, dass der vorerst letzte ver.di-Literaturpreis für Lyrik Eva Strittmatter zugesprochen wurde. In der Laudatio vom April 2009 suchte ich nach einem Leitmotiv, nach Hauptthemen oder besonderen Kennzeichen ihres Schaffens. Dabei ergaben sich fünf Themenkreise bzw. Eigenheiten, deren Anfangsbuchstaben das Wort LEBEN bilden: Liebe, Einfachheit, Bindungen, Ehrlichkeit, Natur. Diese Verkürzung mag manchem kühn erscheinen. Aber bei der Preisübergabe im Mai 2009 in Schulzenhof hatte die Dichterin nichts gegen diese Auslegung einzuwenden. Dennoch bleibt es ein Geheimnis, wie sie zu ihrem ganz eigenen Ton fand, was den Zauber auslöst, der vielen ihrer Gedichte innewohnt, wo der Ur-

sprung ihrer scheinbar einfachen, doch immer wesentlichen Sprache liegt. Und vielleicht hat es sein Gutes, wenn solche Geheimnisse nicht bis ins Letzte analysiert werden.

Wie sehr der Tod zum Leben gehört, lässt sich auch aus Versen der am 3. Januar in Berlin verstorbenen Dichterin ablesen.



Angst

*Die Amsel macht mich traurig.
Die Kirschen wollen blühen.
Ich fürchte, du könntest mir sterben,
und alles würde doch grün.
Vielleicht ist es auch mein Tod,
der mich traurig macht.
Die Amsel kann ich nicht fragen.
Wer hilft mir heute nacht?*

Zu diesem Gedicht gibt es, im Gespräch mit Klaus Trende, konkrete

Angaben über die Entstehung. Nach einem Krankenhausbesuch bei ihrem Mann sei sie in der Chausseestraße beinahe unter ein Auto gekommen und bei der Straßenbahnhaltestelle Prenzlauer Promenade habe sie einen Garten entdeckt. Da blühten Kirschen, es sang eine Amsel. So entstand in wenigen Minuten das Gedicht, »an dem ich nichts mehr zu ändern brauchte«. So wissen wir über ein solch berührendes Stück Poesie alles – und nichts.

Ohne Zweifel trifft der Tod Eva Strittmatters viele Menschen schmerzlich, die Angehörigen ebenso wie die vielen Bewunderer ihrer Kunst. Und bestimmt mischt sich in die Trauer auch Bedauern über Versäumtes. blieb nicht manches wärmende Wort ungesagt? Unterblieb nicht mancher herzliche Händedruck? Wir sind verwiesen auf ihre Hinterlassenschaft, in der sie weiter lebendig ist.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird das lyrische Werk Eva Strittmatters über die Jahre, die Jahrzehnte nicht an Leuchtkraft verlieren. Es ist zu wünschen, dass ihr Schaffen künftige Leser anregt, immer wieder aufs Neue darüber nachzudenken, was Dichtung ausmacht. **TILL SAILER**

Wenn uns ein Mensch für immer verlässt, kommt zur Trauer oft Bedauern. Gern hätten wir nicht erst im Nachruf gesagt, was uns an ihm schätzenswert erschien. Bei Eva Strittmatter sind solche Versäumnisse weniger zu beklagen. Sie hat zu Lebzeiten viel Dankbarkeit erfahren. So konnte ich ihr etwa im Namen der Leser von »Sprachrohr«, stellvertretend für viele Schriftsteller aus Berlin und Brandenburg, im Februar

Liebe Kerstin, es ist lange her, dass wir uns sahen. So richtig. In die Augen. Du wolltest, dass deine Augen so in Erinnerung bleiben, tief, dunkel, mit einem Lebensglanz. Du wolltest, dass dein Körper so in Erinnerung bleibt, schlank, geschmeidig, deine hübsche Figur, deine zarten Finger, deine vielen Locken, braun und so weich, wie sie am Schluss nicht mehr waren. Da hast du die Haare kurz getragen, warst froh, dass es überhaupt die eigenen waren. Seit unserem letzten Telefonat wusste ich, dass du aufgegeben hattest. Die Stimme war es, glaube ich. Sie wurde immer leiser. Mir blieb nur, deinen Wunsch zu achten, dich gehen zu lassen. Ich habe das respektiert. Und zweifle heute doch, ob das so richtig war. Jetzt, wo ich dich nicht mehr anrufen kann, wo du nicht mehr durch die schöne Luft gewandert kommen kannst. Manchmal geh ich durch meine Räume und höre dich das sagen: So eine Milde in deinem Haus. Es fiel mir leichter zu glauben, ich hätte dich in allen Krankenhäusern suchen müssen, ich hätte deinen Wunsch nicht respektieren sollen, statt dazusitzen und die Trauer auszuhalten, hilflos im Zurückge-

Nicht viel, was du wirklich musst

Mit dem Sterben gewartet bis nach dem 50. Geburtstag

lassenwordensein. Ich hätte gern deine Hand gehalten, ohne viel zu reden. Wenigstens das. Du bist so still gegangen. Hast uns alle dem lauten Treiben des Alltags überlassen. Wolltest dich nicht aufdrängen womöglich. Nicht zur Last fallen. Eine Kranke, die in einer Leistungsgesellschaft nichts mehr leistet, wollte auch keine Hilfe geleistet bekommen.

Ich sehe ein Bild, einen Baum und einen Stein, darunter ist nun deine Asche, sagte dein Sohn. Er will mir den Ort im Frühling zeigen. Wenn der Baum grün wird, so wie du es liebtest. Ein Baum vor deinem Fenster in Berlin war dir Trost und Begleitung durch den einsamen Schmerz. Nur ein Baum und ein Stein auf diesem Friedhof in Stahnsdorf, nahe bei deinen lebendigen Eltern. Und deinen Geschwistern. Und niemand sollte dein Grab pflegen müssen. Mit dem Sterben hast du gewartet bis nach deinem 50. Geburtstag. Bis zwei Tage danach. Du wolltest deiner Zwillingsschwester den Tag eurer Geburt lassen...

Du hattest ein unglaubliches Talent für die Kunst. Im Schreiben, im Malen, auch in der Politik, was nicht alle wussten. Ich bin einfach nur traurig, dass dein Talent, deine Art zu sein, dein Ausdruck, dein zartes Herz nun nicht mehr hier sind. »Man muss



Selbstporträt: Mit leichter Feder

ganz freizügig mit seinem Leben umgehen,« sagtest du, »es dankt einem sonst keiner.« Oft hattest du deine »Wohnung in Schönheit getunkt«, manchmal dein »Skelett fotografieren lassen«. Oder: »Ich geh heute so beschwingt durch den Tag, ich hab in der Wohnung sogar einen Hut auf.«

Deine glasklaren verrückt-schönen Aussprüche werden mir immer fehlen. DU wirst mir immer fehlen. Mir und denen, die dich kannten.

Vor beinahe fünf Jahren, am Ende deiner ersten Chemotherapie, als deine Kraft zurückkam und du so dankbar warst, weil am Leben, schriebst du: »Das Leben, Andrea, ist im Grunde sehr einfach. Wenn du Hunger hast, musst du essen. Wenn du müde bist, musst du schlafen. Wenn du schreiben willst, musst du schreiben. Wenn du malen willst, musst du malen. Ansonsten gibt es nicht viel, was du wirklich musst. Schönes, wohin ich sehe, und ich sehe nur...« Wohin es auch jetzt für dich gehen mag – danke, dass du da warst, und – ich wünsch dir eine gute Reise. In Liebe. Deine Andrea. **ANDREA JENNERT**

Kerstin Leitmeyer wurde am 3. Oktober 1960 geboren. Sie war gelernte Werbegealterin und arbeitete u.a. als Plakatmalerin, Buchverkäuferin, bibliothekstechnische Mitarbeiterin, Gestalterin, freie Autorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin. Die Absolventin des Leipziger Institutes für Literatur »J.R. Becher« veröffentlichte Prosa und Lyrik, bekam 1990 den Kritikerpreis für ihr Hörspiel »Lichtwechsel« und 1991 den Brandenburgischen Literatur-Förderpreis. Ihre Malerei wurde in mehreren Ausstellungen gezeigt. Sie starb nach 6jähriger schwerer Krankheit am 5. Oktober 2010.

LESENSWERT

Neuerscheinungen
von VS-Mitgliedern

Jörg Aufenanger »Vierzig Tage im Leben des Heinrich von Kleist«, Transit Verlag 2010

Juliane Beer »Arbeit kann zu einem langsamen und schmerzhaften Tod führen«, Roman, Edition Schwarzdruck, Berlin 2010

Miriam Eberhard »Die Unentwegten« Eine Familiengeschichte, Klöpfer&Meyer 2010

Matthias Penzel »Objekte im Rückspiegel sind oft näher, als man denkt«, orange.press 2010

Jochanan Trilse-Finkelstein: »Heinrich Heine und Kurt Tucholsky in Paris«, Bodoni-Edition Berlin 2010

»Goethes erstes Weimarer Jahrzehnt«, Weimar 2010

»Antike-griechisch-römisch-biblich – bei Bertolt Brecht und Peter Hacks« In: »Gute Leute sind überall gut«, Aurora Verlag Berlin 2010

Was für ein Leben!

Heinz Kahlau zum 80. Geburtstag



Heinz Kahlau

Foto: Günter Prust

Was für ein Leben! 1945, mit 14 Jahren, steigt Heinz Kahlau in die Arbeitswelt ein als ungelernter Elektriker, dann als Holzdrechsler und schließlich als Traktorist. Wer unter diesen Voraussetzungen über und für seine Mitmenschen zu schreiben beginnt, weiß, worüber er schreibt. Und wer sich dann auf Anhieb als so talentiert erweist wie der junge Heinz Kahlau, durfte sich in jenen Zeiten des Aufbruchs nicht wundern, dass

der große Bertolt Brecht auf ihn aufmerksam wurde. 1952 machte er den gerade mal 21jährigen Kahlau zu einem seiner Meisterschüler an der Akademie der Künste. Ein Jahr später schon erschien Heinz Kahlau erster Gedichtband: »Hoffnung lebt in den Zweigen der Caiba«.

Es folgt das Leben eines außerordentlich erfolgreichen Schriftstellers. Heinz Kahlau schreibt Lyrik, Dramen, Prosa, Hörspiele, Drehbücher und Stücke für Kinder. In den Jahren 1970 bis 1980 leitet er als Präsident das PEN-Zentrum der DDR.

Nach der so genannten Wende begegnen wir uns das erste Mal im Vorstand des VS. Heinz Kahlau, der seine längst vergangene und aus eigener Kraft 1964 beendete Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit

HÖR MAL, DAS HAB ICH GESCHRIEBEN

freiwillig offen legt, wird Mitglied der Untersuchungskommission zur Geschichte des Schriftstellerverbandes.

Mit seinem regimekritischen Gedichtband »Querholz« hatte er schon vor der Maueröffnung der Opposition seine Stimme geliehen.

Wir haben uns auf Anhieb verstanden. Vor allem Heinz Kahlau's Gedichte haben mich beeindruckt. Es war leicht zu begreifen, dass er von seinen Lesern geliebt wurde; denn einfühlsamer, gescheiter und tief-



gründiger als Kahlau kann man Verse, die sich mit uns und unserem oft so verqueren Leben beschäftigen, nicht schreiben. Noch heute passiert es, dass man Heinz Kahlau in seinem Fischerhäuschen in Gumlin auf Usedom besucht und der Dichter bei der ersten Tasse Kaffee sagt: »Hör mal, das habe ich heute Nacht geschrieben.« Und man hört dann erstaunt und tief beeindruckt eines seiner klugen, ja weisen Gedichte.

Da kann man dann nur sagen: »Weiter machen, Heinz! Du hast den Menschen noch immer so viel zu sagen.« Herzlichen Glückwunsch zu deinem 80. Geburtstag!

DEIN FELIX HUBY

Daten geschätzt, Kriterien fragwürdig

Potsdamer FDP legte eine Studie zur Musikschulförderung in der Landeshauptstadt vor

Im September 2010 erschien, herausgegeben von der FDP-Fraktion Potsdam, eine Studie zur Situation der Musikschulförderung mit dem Titel »Ökonomische Analyse der Musikschulförderung und alternative Finanzierungsmodelle am Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam«. Wir erhielten die Studie von der FDP erst auf Anfrage, sahen sie uns dennoch genauer an:

Zentrale Forderung der FDP-Studie ist es, staatliche Gelder eher den privaten Musikschulen in Potsdam zur Verfügung zu stellen als der Städtischen Musikschule »Johann-Sebastian-Bach«. Begründet wird dies damit, dass die finanziellen Mittel bei der städtischen Musikschule nicht dort ankämen, wo sie eigentlich benötigt würden, nämlich bei den sozial schwachen Kindern und Jugendlichen. Begründet wird das mit einem Vergleich von Kennzahlen zwischen der Städtischen Johann-Sebastian-

Bach-Musikschule Potsdam und der größten privaten Musikschule in Potsdam Bertheau & Morgenstern. Für die Gegenüberstellung werden ausschließlich Kosten herangezogen, nicht aber Inhalte wie »Unterrichtsqualität«, »Bildungsziele« oder »individuelle Förderung«. Zudem werden weitere Kriterien willkürlich ausgewählt und durch nichts begründet – abgesehen davon, dass sie irgend-

FDP-PAPIER KEIN GEEIGNETER WEGWEISER

wie in Zusammenhang mit Musikschulen stehen (z.B. Kundenfreundlichkeit, Vorhandensein von Gebäuden in zentraler Lage). Den Gipfel des Fragwürdigen bilden die Zahlen, die für verschiedene Beispielrechnungen herangezogen wurden. Statt auf seriöse Recherche und Berechnun-

gen verlässt sich die FDP hier nach eigener Aussage auf Schätzungen. Dennoch werden etwa die im Vergleich zu privaten Musikschulen höheren Personalkosten an der städtischen Musikschule beanstandet. Faktisch entstehen sie dadurch, dass an der städtischen Musikschule im Gegensatz zu allen privaten Potsdamer Musikschulen überhaupt noch Festanstellungsverhältnisse existieren. Beschäftigung auf Honorarbasis ist jedoch für die FDP der Normalfall, Festanstellungen sind künftig für Musikschullehrer überhaupt nicht mehr vorgesehen – und das, obwohl bereits jetzt die Mehrheit der Musikschullehrer in prekären Verhältnissen lebt (vgl. ver.di-Umfrage Berlin-Brandenburg 2008).

Das FDP-Papier trägt den Namen »Studie« wohl kaum zu Recht. Denn um eine Untersuchung von Zusammenhängen, um definierte Untersuchungsgegenstände und so seriös



wie möglich recherchierte Fakten geht es hier nicht. Dennoch ist dieses Papier brisant, da es den Eindruck erweckt, Wege aufzuzeigen, mit denen sozial Schwache mit öffentlichen Mitteln stärker gefördert werden könnten. Wir haben daher unsere Stellungnahme an alle Fraktionen gesandt, um vielbeschäftigten Politikern, die oft weder genügend Zeit noch ausreichende Kenntnisse über Musikschulen haben, klarzumachen, dass dieses FDP-Papier keineswegs ein geeigneter Wegweiser zur Musikschulförderung sein kann. Reaktionen gab es bisher nur von der FDP selbst und der Linkspartei, die beide mitteilten, dass sie unsere Argumente in ihre künftige politische Arbeit einfließen lassen wollen.

DR. ANJA BOSSEN

Die Stellungnahme ist im Internet unter <http://musik.verdi.de/> veröffentlicht.

Was folgt aus und nach den Herbstaktionen?

Statt »begleitet« muss organisiert und mobilisiert werden, fordert der Berliner ver.di-Bezirksvorstand



Auf gewerkschaftlich organisierten Kampf darf nicht verzichtet werden!

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

Noch niemals hat es eine Bundesregierung gewagt, ein solches Spar- und Verarmungsprogramm gegen die große Mehrheit der Bevölkerung im Bundestag durchzupfeilsen. Dieses konzentriert sich in dem brutalen 80-Milliarden-Sparpaket, der Rente mit 67 und der Gesundheitsreform/Kopfpauschale. Viele Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen fragen sich: Wieso konnten wir das nicht verhindern?

Die Antireformen der Regierung Merkel hatten keine Mehrheit bei

den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, ja in der ganzen Bevölkerung. Hunderttausende haben sich für ihre Rücknahme mobilisiert. War das nicht ein eindeutiger Auftrag an die Gewerkschaft, alle gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Abwehr dieser Regierungsmaßnahmen einzusetzen?

Dort, wo etwas von den Gewerkschaften organisiert wurde, gab es ein großes Echo. Die Kollegen und Kolleginnen erwarteten eine wirkungsvolle gewerkschaftliche Mobilisierung, die die Kraft schafft, um die Angriffe der schwarz-gelben Regierung zurückzuschlagen. Aber sie

mussten feststellen, dass der Kampf zersplittert blieb und ein bunter Blumenstrauß von Forderungen mehr Konfusion als Klarheit schuf.



Schon im September hat der ver.di-Ortsverein Berlin-Nordwest in einem Offenen Brief an den DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und an den ver.di-Landesbezirk gewarnt: »Es gibt leider die Erfahrung, dass eine »Mobilisierung«, die nur protestierend bleibt, sich aber praktisch nicht das Ziel setzt, ernsthafte Ergebnisse zu erkämpfen, wirkungslos bleibt. Deshalb fragen wir uns, ob es nicht sinnvoll wäre, zu einer machtvollen zentralen Demo in Berlin zum Sitz der Regierung aufzurufen.«

Die Bezirkskonferenz von ver.di Berlin am 20. November 2010 hat diese Diskussionen für sich bilanziert. In einem Initiativantrag wurde, wie schon in dem Offenen Brief, festgehalten: »Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, die arbeitnehmer-

feindlichen Reformgesetze »unter Protest« zu begleiten«, denn eine solche »Mobilisierung« muss »wirkungslos bleiben«. Und weiter: »Wir sind davon überzeugt, dass nur eine wirkliche gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung die verheerenden Pläne der Bundesregierung stoppen kann.«

Wie aber konnte es dazu kommen, dass die Gewerkschaftsvorstände den sogenannten heißen Herbst auf derartige Protestaktionen reduzierten und auf den gewerkschaftlich organisierten Kampf gegen diese arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen der Regierung Merkel verzichtet haben? Es ist zwar viel vom Recht auf politischem Streik, das erst erkämpft werden müsste, die Rede, aber worum geht es tatsächlich?

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft, die Interessen der ArbeitnehmerInnen als deren gewerkschaftliche Interessenvertretung auch gegen Regierungsmaßnahmen zu verteidigen, die die sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen zerstören:

»Die Gewerkschaften wurden auf der Basis des Artikels 9 unseres GG zur »Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen« gegründet. Das gibt ihnen das grundsätzliche Recht auf den gewerkschaftlich organisierten Arbeitskampf/Streik gegen Regierungsentscheidungen, die die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeitnehmer betreffen.« (Aus dem Beschluss der ver.di-Bezirkskonferenz Berlin)

Es wird sich erst dann etwas ändern, wenn wir es wagen, diese Diskussion über die Grundfragen unserer Gewerkschaftsbewegung zu führen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. In diesem Sinne sind die Delegierten der Bezirkskonferenz zu dem Schluss gekommen:

»Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen wie alle Vorstände und gewerkschaftlichen Funktionäre auf, gemeinsam zu diskutieren, wie wir eine gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung in Bewegung setzen können, die erfolgreich die Rücknahme der Antireformgesetze ermöglicht.«

Dieser Aufruf der Bezirkskonferenz Berlin ist ein erster wichtiger Schritt, dem aber weitere folgen müssen.

GOTTHARD KRUPP,
VER.DI-BEZIRKSVORSTAND BERLIN

WIE WEITER MIT KUNST UND KULTUR IN BERLIN?

Podiumsdiskussion aller ver.di-Kunstfachgruppen mit den kulturpolitischen Sprecherinnen/Sprechern der Fraktionen aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien in Vorbereitung der Wahl im September dieses Jahres

Moderation: Dr. Wolfgang Girus

Termin: 30. März 2011

Zeit: 17.00 Uhr

Ort: ver.di-Gebäude, Eingang Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Raum Othello

Alle Interessierten, speziell die Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppen Theater und Bühnen, des VS, der Bildenden Kunst und Musik sind herzlich eingeladen. Informationen und Anmeldungen unter: christine.obst@verdi.de oder telefonisch: 030 - 88 66 54 02

MEDIENGALERIE

Die Ausstellung »WIR-Artistinnen« läuft noch bis 25. Februar 2011 (siehe S. 3). Danach folgt mit »Moderne Zeiten. Momentaufnahmen der Arbeitswelt« die von der dju Berlin-Brandenburg initiierte Fotodokumentation, die zugleich die 100. Ausstellung in der Geschichte der Mediengalerie seit 1995 sein wird. Die Vernissage findet am 4. März um 18 Uhr statt. Die Schau läuft bis dann bis 21. April.

LITERATUR

»100 Jahre und 100 Tage Elfriede Brüning« 17. Februar 2011 um 20 Uhr, Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125 (Berlin-Mitte). Die Autorin liest gemeinsam mit Schriftstellerkolleginnen und -kollegen des VS aus ihren Werken, u.a. mit Prof. Dr. Horst Bosetzky, Monika Ehrhardt,

Bastienne Voß, Infos unter Tel.: 030 / 88 66-54 03

Mitgliederversammlung VS Brandenburg aus Anlass des 20jährigen Bestehens: 14. April 2011, ab 14 Uhr, in 14469 Potsdam, Hessestr. 19, in den Räumen der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung. Ab 16.00 Uhr schließt sich die traditionelle Lesung des Verbandes an. Es wird die im petit verlag potsdam erschienene Anthologie www.wir.wahren.worte.de, die der VS Landesverband Brandenburg gemeinsam mit dem Kulturwerk Brandenburgischer Schriftsteller e.V. herausgegeben hat, vorgestellt.

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Umlandstraße (U 15) oder vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt

MEDIEN

Tagesseminare:

- »Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit« am 22. Februar 2011: Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln. Es wendet sich vor allem an Journalisten, die den Einstieg in den Markt als Freie frisch vollzogen haben, noch vollziehen oder sich ein neues, bisher nicht genutztes Medium erschließen wollen. Tipps gibt es vor allem zu: Kontaktaufbau, Marktbeobachtungen und -erschließung, Honoraren, Marktpreisen, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Marktvorteilen durch Gemeinschaftsgründungen.

- »Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler« am 29. März 2011: Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen einer freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt. Schwerpunkte sind: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse), betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

Beide Seminare finden von 9.30 bis 16.30 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 5.12 statt. Referent: Bernd Hubatschek, MKK-Consult. Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro. Anmeldung: Tel.: 030/88 66-41 06, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de

verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str., 30, 10179 Berlin

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien an jedem zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr in Sloppy Joe's Bar, Elisabethkirchstraße 3 (zwischen S-Bahn Nordbahnhof und U-Bahn Rosenthaler Platz) siehe: www.dju-berlinbb.de

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Rückfragen: Tel. 030-8 34 16 01, Evelin Gundlach.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel. 030-621 24 50, ulla.pingel@gmx.de. Bernd Wagner, Tel. 01 60-7 70 59 05, bernd.wagner@verdi-berlin.de

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der FG 10 am 2. Montag des Monats. Infos: Tel. 030-88 66-54 12.

MUSIK

Vorstandssitzungen finden monatlich statt. Das Büro gibt über die Termine Auskunft. Der erste Tagesordnungspunkt wird für Mitglieder reserviert, die Probleme persönlich mit dem Vorstand beraten wollen. Anmeldungen unter Tel: 88 66-54 02.

JUGEND

medien.k.ind: Netzwerk von JAV und jungen Beschäftigten in der Medien- und Kulturbranche. Treffen am ersten Mittwoch im Monat, 18 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30.

SENIOREN

Senioren Ausschuss FB 8: Mitgliederversammlung am 21. Februar um 11 Uhr im Raum 4.12, ver.di-Haus. http://bb.ver.di.de/frauen_gruppen/seniorinnen_und_senioren

Rundfunksenioren: Mitgliederversammlung am 24. Februar, 14 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 6. OG, Thema: Altersgerechtes Wohn-

nen, Gastreferent von der Verbraucherzentrale

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

»Alte-Barden-Runde«: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15.00 Uhr im Restaurant »Alter Krug«. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

VERMISCHTES

Freunde der internationalen Plansprache Ido treffen sich freitags um 15 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 1.12

ver.di-Chor: Probe jeden Dienstag von 18 bis 20.30 Uhr, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Es wird noch Verstärkung gesucht. Kontakt: info@verdi-chor.de oder 030-69 56 28 01, Infos: www.verdichor.de

REIHE

Fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Friedrich von Preußen (1712-1786), vorgestellt von Olaf Kappelt

Herrschende Politiker greifen selten selber zur Feder, sie lassen lieber schreiben. Doch einer, der noch heute nahezu in jedem Geschichtsbuch Europas steht, war mehr als nur machtbessener Staatsmann und Feldherr, auch ein begnadeter Schriftsteller. Voltaire nannte ihn »der Große« und der lieferte den Beweis, dass auch ein Thronerbe Liebesgedichte, Satire, Theaterstücke und historisch-philosophische Abhandlungen verfassen konnte, die manchmal im Gegensatz zu den machtpolitischen Erfordernissen der Zeit standen.

Im August jährt sich der 225. Todestag und im kommenden Januar der 300. Geburtstag von »Friedrich Zwo«. Der Autor Dr. Olaf Kappelt würdigt das literarische Wirken Friedrichs des Großen als fast vergessener Autor der Berliner Aufklärung und Schauspieler Frank Ciazynski wird ausgewählte Texte des Königs vortragen.

Donnerstag, den 31. März 2011 um 19.30 Uhr, im Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, Kaminraum. Eine Veranstaltung des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk Berliner Schriftsteller e.V. Der Eintritt ist freilich Informationen unter 030-8866 5403

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66. nehrlich@pressebuero-transit.de

Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 2/2011 erscheint Mitte April
Redaktionsschluss am 14. März 2011**



Zähnezeigen lohnt sich

Nach ver.di-Beratung erhält Fotojournalist Schadenersatz für Bilderklau

dier-Foto-CD fanden sich vier Bilder anstelle der vereinbarten zwei. JH stellte eine Nachrechnung, die nach einigem Hin-und-Her bezahlt wurde.

Den eigentlichen Bilderklau bemerkte Heinrich zwei Jahre später eher zufällig. Bei einer routinemäßigen Onlinerecherche fand er Anfang November 2010 bei Eurailpress, einem Branchendienst für Schienenverkehr und Technik, eine interessante Meldung. Neben der Nachricht, dass sich die Strausberger Eisenbahn zu Testzwecken bei der Berliner BVG ein Vorserienmodell der Flexity-Strassenbahn geliehen habe, entdeckte er ein ihm nur allzu bekanntes Foto: Es handelte sich um eines der Bilder, die er Bombardier zwei Jahre zuvor zur Verfügung gestellt hatte – zur ausschließlichen Nutzung während der Innotrans 2008. »Foto: Bombardier« war unter dem Bild zu lesen. Schriftlich fragte Jürgen Heinrich bei Eurailpress nach, wie und mit welcher Berechtigung man dort zu dem Bild gekommen sei. Die prompte Antwort: Man habe sich das Bild in bestem Glauben vom Pressebereich der Bombardier-Homepage geholt, wo es zum frei verfügbaren Download eingestellt gewesen sei.

Darauf angesprochen, schob man bei Bombardier die Verantwortung von einem zum anderen, sprach erneut von einem Missverständnis, versuchte den Fotografen zu überzeugen, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Dieser wollte sich nicht abspesen lassen. Er wandte sich an die dju in ver.di. In der Beratung wollte

er sich vergewissern, wie aussichtsreich es sei, Schadenersatz nach Sätzen der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (MFM) zu fordern. Die MFM ermittelt jährlich die aktuellen Honorare für Fotonutzungen in Deutschland und gibt sie als Bro-

Aufgrund der gut vorbereiteten Aktion strich Bombardier die Segel und überwies innerhalb von drei Wochen. Die Zahlung gilt als Schadenersatz und unterliegt nicht der Umsatzsteuer.

Die heutige, zum Teil bei Werbeagenturen eingekaufte Generation der PR-Leute nehme es mit den Rechten Dritter oft nicht so genau, resümiert Jürgen Heinrich. Dagegen müsse man sich wehren. Gerade im Bereich des Bildjournalismus sei das Bewusstsein für seine eigenen Rechte und die Entschlossenheit, sie auch wahrzunehmen, besonders gering. »Ich rate jedem Kollegen, sich in strittigen Fällen beraten zu lassen und auch mal die Zähne zu zeigen.« Man werde in der Branche nur respektiert, wenn man zeigt, wo die Grenzen liegen.

UTE CHRISTINA BAUER

BEWUSSTSEIN FÜR EIGENE RECHTE IST ZU GERING

schüre heraus. Schnell habe Andreas Köhn, Landesfachbereichsleiter Medien Berlin-Brandenburg, ausgerechnet, dass dem Fotografen demnach für die zweijährige Online-Nutzung 620 Euro zustünden, zuzüglich eines 100-prozentigen Aufschlags für die unterlassene Urheberbenennung. Heinrich stellte also dem Unternehmen 1240 Euro in Rechnung. Mit Erfolg:

ANZEIGE

Kein Ausgang aus dem Märchenwald?



Lassen Sie sich nichts vormachen.
Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2011 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14.30, Do. 9 – 17 Uhr; www.dju-berlinbb.de

Jürgen Heinrich ist Bildjournalist. Er lebt vom Verkauf seiner Fotos. Bei einer Vorführung des neuen Straßenbahnmodells Flexity aus dem Hause Bombardier im Herbst 2008 lichtete er den Prototyp aus verschiedenen Perspektiven ab. Die Bombardier-Presseabteilung wurde auf ihn aufmerksam und fragte nach Bildern für den Auftritt des Unternehmens bei der Innotrans 2008. Konkret sollten die Fotos dort bei der Pressekonferenz und in der Online-Pressemappe genutzt werden. Nach umständlichen Honorarverhandlungen wurde man sich einig: Für zwei Fotos erwarb Bombardier ein zeitlich und räumlich beschränktes einfaches Nutzungsrecht für die Zeit der Messe. Dies galt auch für die Internetnutzung.

Schon damals gab es ein erstes »Missverständnis«: Auf der Bombar-

ANZEIGE



Ausschreibung 2011 des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit.

Zum 18. Mal verleiht das **Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit** das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischen Gewalttaten beschützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Vorschläge können bis spätestens 1. März 2011 an Buendnis@Berlin-Brandenburg.DGB.de geschickt werden. Weitere Informationen finden Sie unter: www.respekt.dgb.de